

J. germ.

21

sh

Das
höchste Wergeld
im
Frankenreiche.

Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte

von

Freiherr L. v. Borch.

Innsbruck.

Druck und Verlag von Fel. Rauch.

1885.

A - Gesch. 9.7

J. germ. 27 sh

Borch

<36632041430016

S

<36632041430016

Bayer. Staatsbibliothek

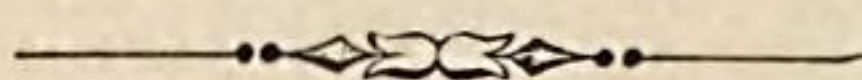
Das
höchste Wergeld
im
Frankenreiche.

Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte
von
Freiherr L. v. Borch.

Innsbruck.
Druck und Verlag von Fel. Rauch.
1885.



Dem
Verfasser des Werkes
Vom Reichsfürstenstand
gewidmet.



Oft habe ich mir die Frage gestellt, wie es möglich war, dass ich über so viele Stellen Ihrer ausgezeichneten Werke anderer Ansicht sein konnte, bevor ich zu der Ueberzeugung gelangt: dass der Grund nur in der Unsicherheit, oder in den Widersprüchen der Gewohnheiten und der Gesetze selbst zu suchen ist.

Die einzige Klasse, deren Verhältnisse sich nicht veränderten, bildeten die Unfreien. Als Kaiser Constantin der Grosse im Jahre 318 die Gerichtsbarkeit der Hausväter, über Frauen und Kinder gesetzlich aufhob, liess er ihnen dennoch das Tödtungsrecht der Slaven, nur sollten sie nicht mehr zum Kampfe mit den wilden Thieren verkauft werden. In ganz ähnlicher Stellung ohne Anspruch auf einen gesetzlichen Schutz — und nur vom Willen des Herrn abhängig — blieben die Unfreien bis in das spätere Mittelalter.

Wie viele Wandlungen erlitt dagegen das Recht der Freien! Anfänglich von den Römern als die höchste Ehre betrachtet, sank das Ansehen dieses Standes schon so tief, dass in der Kaiserzeit — mit Ausnahme der Senatoren, Ritter, Soldaten und Beamten — in Klagen wegen Majestätsverletzung, Magie, Tödtung oder Ehebruch: jeder Freie gefoltert werden durfte! Aehnliches zeigt die Geschichte der Germanen. In unserer beiderseitigen Heimath, Sachsen, strafte man vor der Karolinger-Gesetzgebung den Freien mit dem Tode, wenn er ein Edelfräulein heirathete und schon unter Kaiser Heinrich II. begann man sie zu verschenken, wie Unfreie und Hörige!

Als um diese Zeit die geistlichen und weltlichen Grossen gegen Landverleihung die Hofämter vergaben oder persönlichen Kriegsdienst zu Ross verlangten, und dadurch den Stand der Dienstmannen schufen, musste deren Verhältniss natürlich ein sehr verschiedenes werden. Mit

Bestimmtheit wissen wir, dass sie von den Lehens-
trägern, welche von ihren Besitzungen nur Mann-
schaft und Pferde zu stellen hatten, sich eben
durch den persönlichen Dienst unterschieden, dass
sie aber in allen Urkunden ihren Platz vor den
Liten haben, welche nicht zu den Unfreien zählten.

Ist es unzweifelhaft, dass auch Freie und
Edle in dieses Verhältniss traten, so sind die
Meinungen schon darüber verschieden: ob sie da-
durch Unfreie oder nur Hörige wurden. Und
hier trennen sich auch unsere Wege. Während
Sie, wenn ich richtig verstanden, der ersteren An-
sicht sind, habe ich in meinen Schriften nachzu-
weisen versucht: dass sie nur Hörige wurden,
und dass es auch Dienstmannen gab, welche ihre
Geburtsrechte gewahrt hatten. Die Römer, welche
die Freien folterten, und die Sachsen, welche sie
wegen einer Heirath mit dem Adel durch den
Tod bedrohten, liessen ihnen im übrigen alle
Rechte. Sollten nun Adelige und Freie, wegen

der freiwillig eingegangenen Verpflichtung eines persönlichen Kriegsdienstes zu Ross, alle ihre Standesvorzüge verloren haben? Die wenigen bekannt gewordenen Freilassungen könnten sich doch wohl auch nur auf die Entbindung von jenem Dienst beziehen, oder sie betrafen gerade solche, die wirklich als Unfreie in das neue Verhältniss eingetreten waren. Wenn erst im Jahre 1216 ein Gesetz bestimmte, dass ein *Fürstenthum* vom Reiche nicht ohne Willen und Zustimmung des demselben vorgesetzten Fürsten vertauscht werden sollte, so kann es in der That kaum auffallen, dass in dieser Weise so häufig über die an das Land gebundenen Dienstmannen verfügt wurde!

Veranlassung zu einer zweiten Verschiedenheit unserer Auffassungen bietet der Fürstenstand, und wieder könnte man den Ursprung auf Sachsen zurückführen. Ein angelsächsischer Schriftsteller nennt die dortigen Gaufürsten Satrapen, ein sächsischer bezeichnet sie als principes. Den ersteren

wollen einige schon ein Besitzrecht an dem Gau selbst einräumen, während ich mich nicht entschliessen kann ihnen andere Rechte beizulegen, als diejenigen, welche nach Caesar und Tacitus, das Volk in die Hände seiner erwählten Gaurichter — principes — gelegt hatte. Sie bildeten keinen besonderen Stand, sondern waren Beamte. Könnte ich mich entschliessen, die Auffassung zu theilen, dass die Adalinge in den Volksversammlungen als Verwandte der Satrapen anzusehen seien, dass diese also die Häupter bestimmter Adelsgeschlechter gewesen wären, so würde die Frage über das hohe sächsische Wergeld etwas leichter zu erklären sein. Konnten aber die Fürsten, wie ich nach den Quellen vermuthe, eben so gut auch nur dem Freienstande angehören, so tritt der Adel, als eine besondere Klasse, durch sein hohes Wergeld mit unerklärlicher Schroffheit in den Vordergrund. Sehr ungleiche Besitzverhältnisse können, nach meiner Ansicht, allein die Veranlassung gewe-

sen sein, wann und wie diese aber entstanden waren, vermag ich mit Sicherheit nicht zu bestimmen.

In ganz ähnlicher Weise entstand unsere abweichende Beweisführung über den neueren Fürstenstand. Während Sie denselben schon darin zu erkennen glaubten, dass gegen Ende des 12. Jahrhunderts nur noch einer bestimmten Klasse der Titel principes gegeben zu werden pflegte, suchte ich nachzuweisen, dass dieser neuere Fürstenstand nur durch eine wesentliche Vermehrung seiner Macht, nämlich durch das alleinige Recht der Königswahl, erst im Jahre 1209, entstanden sein könnte. Diejenigen Unterschiede der Rechtsverhältnisse, durch welche die geistlichen und weltlichen Fürsten gegen Ende des 12. Jahrhunderts hervortraten, hatten auch schon früher bestanden und nur der Titel kam für die weltlichen zu jener Zeit zur Geltung. Prälaten, Grafen und Herren — ja wahrscheinlich auch die Reichsdienst-

mannen — theilten mit ihnen aber noch das Recht der Königswahl. Wie die sächsischen Gaufürsten bis zur Zeit der Karolinger auch den Freien angehören konnten, und neben diesen und dem Adel nach der Eroberung nirgends als ein besonderer Stand genannt werden, so gab es, nach meiner Ansicht, später keinen neueren Fürstenstand, bis die übrigen Grossen von der Königswahl ausgeschlossen waren. Wie unter den Merowingern die kleineren Freien das Recht der Theilnahme an der Königswahl aufgeben und den Grossen überlassen mussten, so wurden diese nun von dem neueren Reichsfürstenstande verdrängt.

Indem ich Sie nun ersuche, diese kleine Widmung als ein Zeichen meiner höchsten Verehrung anzunehmen, hoffe ich, Sie werden Ihrer kürzlich gebrauchten Worte: „nicht wer es sagt, sondern was er sagt, ist zu beachten“ auch ferner gedenken, und mir, als einem Laien, die Ehre erzeigen, *alle namentlich gegen Sie begangenen Fehler*

bei jeder Gelegenheit zu verbessern und zu widerlegen, und ich rechne um so mehr auf die Erfüllung dieser Bitte, da ich, eines Kopfleidens wegen, mein eigenes Schaffen einstellen muss. Kein wahrer Freund der Rechtsgeschichte wird über Ihre Entscheidungen dann noch einen Zweifel hegen: denn das höchste Verdienst eines Forschers, welches in allen Ihren Werken leuchtet, ist

— das historische Gewissen! —

Innsbruck 1884.

Freiherr L. v. Borch.

I.

Einleitung,

mit besonderer Rücksicht auf Sachsen.

Meine Arbeit kann nur Anspruch darauf machen, in einen engeren Rahmen gefügt zu haben, was aus den Gesetzbüchern bereits in grössere Werke übergegangen ist. Für eine Frage aus so alter Zeit durfte ich nicht erwarten bisher unbekannt gebliebene Quellen aufzufinden, immerhin aber wird meine Abhandlung vielleicht nicht ohne allen Nutzen bleiben: da es doch nicht Allen bekannt sein wird, wie die gesetzlichen Standesunterschiede der alten germanischen Völkerstämme in unverkennbarem Gegensatze zu den Grundlagen der fränkischen Verfassung standen. Während die ersteren fast alle einen sehr bevorzugten Uradel hatten, kannte das sie vereinigende Königthum die höchste Ehre im Beamtenstande.

Auch ist der Gegenstand, welchen ich zum Titel gewählt, wohl noch nicht genügend erörtert. Wir besitzen zwar eine sehr schätzbare Erklärung über die Bevorzugung des sächsischen Adels in den Strafbestimmungen, diese werde ich aber eingehend zu behäufeln suchen, da bisher nur ganz kurze Gegenbemerkungen vorliegen. Diese Frage konnte aber nicht allein behandelt werden, sondern es mussten auch die Gesetze der übrigen Stämme verglichen und besprochen werden, wobei natürlich recht merkwürdige Rechtsverhältnisse berührt wurden.

Ueberraschend ist besonders die Erscheinung, dass, mit wenigen Ausnahmen, eigentlich nur die Tödtung oder der Mord des Königs mit dem Tode gesühnt wurde, und dass selbst diese Regel bei den Angelsachsen nicht bekannt war. Alle Stämme strafen mit Geld, je nach der Höhe des Amtes oder der Geburt des Erschlagenen, und mit diesen Abstufungen werde ich mich nun zu beschäftigen haben. Leider kennen wir die Höhe dieses Wer- oder Mannesgeldes für einige hohe Würdenträger, wie für den Majordomus und die Domestici, gar nicht, und ich konnte daher nur Vermuthungen aussprechen. Für andere sind die vorhandenen Angaben theils ungenau theils schwer erklärbar, so dass auch hier die Feststellung nicht mit Sicherheit vorgenommen werden kann.

Die bisher für den Todtschlag eines Bischofes und Herzoges in Alemannien angenommene Strafe ist zwar von mir nicht verworfen worden, ich habe aber noch eine andere Berechnung aufgestellt. Das betreffende alemannische Gesetz ist durchaus nicht klar und hat jedenfalls bereits Gebräuche des fränkischen Volkes aufgenommen. Beide stimmen über die Strafen wegen Todtschlages der Mönche, Diaconen und Presbyter überein, dagegen soll derjenige, welcher den Bischof erschlägt nach dem alemannischen Gesetz die Sühne desjenigen leisten, der den Herzog getödtet hat. Da nun die Strafe für letzteres Verbrechen nicht genannt wird, so glaubte ich folgern zu müssen, dass der Todschlag eines Bischofes in Alemannien auch nach den fränkischen Regeln zu bestimmen sei. Einen festen Beweis konnte ich allerdings nicht herbeischaffen, und ich bitte, meine Erörterungen auch nur als eine Vermuthung zu betrachten, obgleich für meine Ansicht entscheidend zu sprechen scheint: dass sich dadurch für den Herzog von Alemannien das gleiche Wergeld ergeben würde, welches dem bayerischen zustand.

Auch zu dem Gesetz für einen Bischof in Bayern habe ich vielleicht noch manches, bisher nicht Beachtete, hervorheben können; namentlich, dass er von der Zahlung eines Wergeldes ausgeschlossen war.

In ähnlicher Weise habe ich zwar sehr ausführlich meine Ansicht, über die Entstehung

des merkwürdigen Gesetzes für die sächsischen Adalinge, ausgesprochen, kann aber auch hier mit voller Sicherheit für die Richtigkeit nicht eintreten, da es an bestimmten Beweismitteln fehlt¹⁾.

¹⁾ Weil mir an der betreffenden Stelle, der zahlreichen Noten wegen, der Raum fehlt, will ich gleich hier die beiden sich gegenüberstehenden Ansichten erwähnen. E. Th. Gaupp, Recht und Verfassung der alten Sachsen, S. 44 ff. glaubt, dass dieses merkwürdige Gesetz über das hohe Wergeld auf die Absicht Karls des Grossen, sich den sächsischen Adel zu gewinnen, zurückgeführt werden müsse. Er bekämpft (S. 50, n. 1) Herrn v. Savigny, welcher (Beitrag zur Rechtsgeschichte des Adels, S. 9, n. 2.) sagt: offenbar wollte man den Adel dadurch begünstigen, dass man ihn von den niederen Ständen stärker unterschied, *wenn er eine Strafe zu empfangen, als wenn er eine solche zu zahlen hatte*. Aber damit konnte doch nicht wirklich gemeint sein, dass der Adaling, welcher einen Standesgenossen erschlug, weniger zahlte als der Freie oder Lite, welcher dieses Verbrechen begangen; sondern Herr v. Savigny wollte wohl, in nicht ganz klarer Ausdrucksform, nur sagen: dass gegen den Adel verübte Verbrechen von dem sächsischen Gesetze weit strenger bestraft wurden, als solche gegen die beiden anderen Klassen. In ganz ähnlicher Weise büsste *der Lite*, (Freigelassene, oder Unterjochte) wie ich noch nachweisen werde, in einem Falle nach dem fränkischen Recht *sogar mit dem Leben* für ein Verbrechen gegen *den Freienstand*!

Ob Gaupp's eigene, wenn auch sehr gediegene Beweisführung über den sächsischen Adel in allen Punkten anzunehmen ist, werde ich später ausführlich besprechen.

Endlich glaubte ich auch über diejenigen Klassen, deren Wergeld wir nicht kennen, Untersuchungen anstellen zu müssen. Dahin gehört an erster Stelle der Majordomus oder Hausmeier, und der ihm untergeordnete hohe Beamtenstand der Domestici. Sehr auffallen muss es, dass in

J. Merkel, *lex Saxonum*, (Einleitung, S. 5) bezeichnet den ersten Theil des Gesetzes geradezu als ein von Karl dem Grossen erlassenes Adelsstatut.

G. Waitz, *deutsche Verfassungsgeschichte*, B. III, S. 533, erklärt sich nach O. Stobbe, (*deutsche Rechtsquellen*, I, p. 189) gegen die Ansicht, dass Karl der Grosse dem sächsischen Adel eine Auszeichnung durch Erhöhung des Wergeldes gegeben habe, weil dies zu wenig den Verhältnissen des fränkischen Reiches entspricht und auch manches auf eine eigenthümlich hohe Stellung jener Adalinge schon vorher hinweist.

O. Stobbe geht aber wohl etwas zu weit, wenn er behauptet, Karl der Grosse habe wahrscheinlich das Wergeld des sächsischen Adels herabgesetzt, weil im *Capitulare* von 797 c. 3. gesagt wird: dass der sächsische Edle 12 solidos zahlt, wenn der fränkische Freie 15 büsst. Darin könnte ich doch nur eine Begünstigung des ersteren erkennen; aber es handelt sich hier nur um *Bussen*, und O. Stobbe bemerkt ja selbst sehr richtig (nach F. Walter's *Rechtsgeschichte* §. 439, N. 5.): *dass diese nicht überall mit dem Wergelde in demselben Verhältnisse stehen*. Diese Ungleichheit scheint mir aber gerade eine der vielen Eigenthümlichkeiten des sächsischen Stammes gewesen zu sein, weil wir sie auch bei den Angelsachsen finden werden.

Dr. W. E. Wilda, *das Strafrecht der Germanen*, B. I, S. 96 ff., hält eine *wesentliche* Veränderung der Verhältnisse des Adels in Sachsen durch Karl den Grossen für unwahrscheinlich. Allein so sehr ich auch

den staatsrechtlichen Werken so verschiedene Ansichten über die letzteren verbreitet worden sind, so dass man sogar das Vorkommen eines solchen besonderen Standes geleugnet hat. Ich hatte schon vor einigen Jahren diese Frage von Neuem berührt, war aber in dem Irrthume geblieben, es

überzeugt bin, dass Karl das Wergeld des sächsischen Adels nicht erhöht hat, so wenig kann ich mich Wilda's Gründen anschliessen. Es ist allerdings sehr auffallend, dass sowohl das nur für Sachsen erlassene Capitulare Paderburnense (785) als die lex Saxonum (c. 804) — im Gegensatz zu den übrigen germanischen Gesetzbüchern jener Zeit — die Todesstrafe nicht allein für Verbrechen gegen die Religion, die Person des Königs und der eigenen Herren, sondern auch für Brandstiftung und Diebstahl, kennen. Aber die Behauptung Wilda's scheint mir doch zu gewagt: dass für die Todesstrafe durch Einfluss der Kirche, welche Schonung des Menschenlebens verlange, ein erhöhtes Wergeld eingesetzt worden sei. Vor allen Dingen würde dadurch der auffallende Unterschied zwischen dem der Adalinge und der Freien nicht erklärt werden: oder hätte die Kirche nur die ersteren begünstigt?

Auch würde man doch wohl mit der Abschaffung der Todesstrafe nicht für Mord, sondern zunächst für die oben genannten, geringeren Verbrechen begonnen haben. Wesshalb für die letzteren bei den Sachsen mit dem Leben gebüsst, dagegen die Tödtung nur durch Geld gestraft wurde, wird wohl kaum aufzuklären sein. Man müsste denn, mit mir, annehmen wollen, dass sie nach germanischem Grundsatz das Wergeld für den Erschlagenen, *als einen Vortheil der Familie*, beibehalten, dagegen die Todesstrafe für Raub und Brandlegung, *als ein gemeinsames Schutzmittel*, durch ihre häufigen Ueberfälle in England von den Römern ange-

sei in dem Satze „sex provinciae quas et tunc et nunc totidem agunt domestici“ das Wort totidem nicht auf die Provinzen zu beziehen, sondern bedeute nur: jetzt wie damals — *die gleiche Zahl von Beamten*, weil Professor Waitz in seiner deutschen Verfassungsgeschichte nachgewiesen, dass

nommen hätten. Dass andere Todesstrafen, als die zur Befestigung des Christenthumes und des königlichen Ansehens dienenden, durch die Franken nach Sachsen kamen, glaube ich deshalb nicht, weil bekanntlich Raub, Brandlegung und Diebstahl nicht nur nach der lex Salica (Tit. II, III, IV, V, VI, VII, VIII, X, XI, XII, XIII, XVI, XXII, XVII und XXXVIII) mit Geld gesühnt wurden, *sondern hauptsächlich, weil, wie wir sehen werden, Karl der Grosse noch selbst, als Nachtrag zu diesem Gesetzbuche der Franken, Wergeld für den Todschatz eines Bischofes bestimmt*. Mit dem Tode gestraft wurden eigentlich nur solche, welche der vollen Freiheit nicht theilhaftig, oder Unfreie waren; wie z. B. (lex Sal. Tit. XIII, 7) wenn ein (höriger) Knappe des Königs oder ein Lite eine freie Frau geraubt hatte. Endlich wurde bei den Franken (lex Sal. Tit. XL, 4) der Unfreie mit dem Tode bedroht, wenn er durch die Folter das Wahrheitsgeständniss eines Verbrechens abgelegt, für welches der Freie mindestens mit 45 Solidis gestraft wäre. Es war also bei den germanischen Stämmen — und selbst wenn es sich um das Leben handelte — die Strafe zuweilen von dem Stande des Thäters abhängig. Dies erklärt sich aber dadurch, dass im erstern Falle der Raub der Freien durch einen Hörigen als ein besonders schweres Verbrechen galt, und dass der Knecht (oder Unfreie) überhaupt nur einer Sache gleich gehalten wurde. Man darf demnach sagen, dass die Franken Diebstahl, Raub und Brandlegung eigentlich

wiederholt nur vier *Domestici* im Gericht des Königs genannt werden. Ich bin aber anders belehrt worden und habe mich überzeugt, dass to-
tidem in dem Sinne zu verstehen ist, dass es dort
so viele Beamte als Provinzen gab, also sechs.
Professor Waitz nimmt desshalb an, dass hier das

nur mit Geld strafen. Von den, später zum Franken-
reiche gehörigen, übrigen Stämmen der Germanen ist
die Todesstrafe für Diebstahl, wie in Sachsen, nur in
einem Falle bei den Friesen, und schon zur Zeit des
Heidenthums, nachweisbar. Es sollte nämlich ein Tem-
pelräuber (*lex Frisionum*, Add. III, t. 12), im Meeres-
sande bis über die Ohren eingegraben werden.

Dagegen brachten die Römer nach dem *corpus
juris civilis* von Dr. C. F. Sintenis, z. B. B. IV, S. 963,
(Paul. lib. V. Sentent.) die Todesstrafe in Anwendung
gegen solche, welche, in einem Getümmel mit Waffen,
fremde Häuser ausgeplündert, erbrochen, oder mit
Gewalt gestürmt hatten; B. IV, S. 970, (Ulp. lib. XVIII,
ad Ed.) wie gegen den, welcher vorsätzlicher Weise
ein Gehöft angezündet hatte. Endlich wurden nach
dem *Codex Justinianus* (lib. IX, tit. 7) alle diejenigen
mit dem Tode bedroht, welche Frauen — wenn auch
nur Freigelassene oder Slavinnen anderer — geraubt
hatten, allein dieser Fall gehört wohl eigentlich nicht
mehr hieher, sondern unter die Verbrechen der reinen
Gewaltthätigkeit und des Ehebruches. Dagegen wurde,
B. IV, S. 990, (Ulp. lib. I. de Adulter. und Marcian.
lib. XIV. Just.) wer selbst religiöse Gelder oder et-
was der unsterblichen Gottheit Geweihtes entwendet,
nur mit der Strafe des Cassendiebes: Untersagung von
Wasser und Feuer, später Deportation und Verlust
aller Rechte und des Vermögens bedroht. Die Römer
strafen also Raub und Brandlegung, wie die Sachsen,
mit dem Tode, nur nicht Diebstahl.

Wort *Domestici* für die Grafen gebraucht worden. Aber dafür finde ich keinen genügenden Grund, da die ersteren, schon nach der Bezeichnung, ihren Wohnsitz am Hofe hatten, die Grafen aber in den Provinzen, und wiederholt erscheinen beide Klassen als Richter und Verwaltungsbeamte *ne-*

Eine Ausnahme machten aber die Gesetze für das Heer, denn nach Dr. E. Dangelmaier (die Militär-Verbrechen und Vergehen, S. 181, mit den Quellenstellen nach M. Carcani, *dei reati etc.* p. 97 [Milano 1874]) wurde ein Soldat, der einen Diebstahl zum Nachtheile eines anderen Soldaten begangen, nach älterem römischem Rechte, mit Tod oder Verstümmelung bedroht, und selbst Tiberius sprach noch einem Soldaten das Leben ab, weil er als Wache des kaiserlichen Palastes einen Pfau entwendet. Sonst wurde aber der Diebstahl, ohne solche erschwerende Umstände, zu jener Zeit nur mit Versetzung in eine weniger geachtete Waffengattung gerügt.

Dagegen strafte man in Sachsen (*lex Saxonum* Tit. IV, c. 1, 2, 4, 5, 6 und 7) jede Entwendung, welche aus einem Gehege oder durch Aufbrechung eines Hauses oder Schrankes vorgenommen war, so wie jeden Diebstahl zur Nachtzeit im Werthe von zwei, und von drei Schillingen bei Tage — mit dem Tode. War der gestohlene Gegenstand (c. 3, z. B. ein Bienenstock) nicht aus eingeghegtem Raume entwendet, oder betrug der Werth (c. 8) einen Pfennig weniger als drei Schillinge, so hatte der Thäter nur den neunfachen Betrag zu ersetzen. Verbrechen gegen die Religion — Mord oder Diebstahl etc. in einer Kirche — gegen den König oder den eigenen Herrn und Brandstiftung wurden mit dem Tode bestraft nach der *lex Saxonum* Tit. II, c. 8 und 10, Tit. III, c. 1—5 und Tit. V, c. 3.

beneinander. Allerdings ist es vorgekommen, dass *eine einzelne Person*, weil sie dem Könige befreundet — *ex domestico statu* — war, als *domesticus* bezeichnet wurde, aber ich kann mir nicht denken, dass dies mit einer so grossen Zahl von Grafen geschehen wäre, die doch unmöglich alle am Hofe leben konnten. Es gab eben mehr als vier *Domestici*, welche sich aber nur vorübergehend in den Provinzen aufhielten.

In allen Gesetzgebungen wurde ein Unterschied zwischen Mord und Tödtung gemacht. Bei den Römern sollte zwar nach dem *Corp. juris*, B. IV, S. 969 (*Paul. lib. sing. de publ. judic.*) der Vorsatz für die That, aber nicht grobe Schuld für Vorsatz angenommen werden, dagegen scheinen sie Todsschlag und Mord nicht streng gesetzlich begrenzt zu haben, denn grobe Schuld ist nur als Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens zu betrachten. Es scheint daher allein den Richtern überlassen gewesen zu sein: ob sie einen Unterschied zwischen Mord und Todsschlag machen wollten oder nicht. Ein Wergeld kannten die Römer nicht, denn nach B. IV, S. 970—971 (*Modestin. lib. III. de poen.*) wurde derjenige, welcher freiwillig und mit Vorsatz einen Mord begangen hatte, wenn er in einem Ehrenamte (*aliquo honore*) stand in der Regel deportirt, Leute zweiter Klasse (*secundo statu*) aber strafte man mit dem Tode. Es galt also hier gerade der umgekehrte Grundsatz der Germanen: bei welchen die Höhe der Strafe, also des Wergeldes, immer *durch den Stand des Erschlagenen* bedingt wurde. Für Todsschlag wurde das einfache, für Mord dagegen (*lex Saxonum*, Tit. II, c. 6) das neunfache Wergeld entrichtet. Und zwar in Sachsen in der Weise, dass auf die Verwandten $\frac{1}{3}$, auf den Thäter selbst $\frac{2}{3}$ des einfachen Wergeldes und das achtfache, fiel.

Kaum giebt es noch eine zweite Frage, von gleicher Wichtigkeit für die Zeit der Merowinger, wie die Aufklärung über die Rechte und Pflichten dieser Würdenträger. Ich habe daher die Gelegenheit benützt, um meinen früheren Fehler zu verbessern und noch einige andere Angaben zu berühren, welche Professor Waitz über sie gemacht hat. Wenn ich nicht immer seinen Erklärungen zustimmen möchte, so bitte ich dies nicht als Selbstüberhebung beurtheilen zu wollen.

Wie bereits in der langen Note der Einleitung über Sachsen, habe ich, auch später in der Behandlung meines Gegenstandes, an allen Stellen, wo dies möglich war, Vergleiche mit der römischen Gesetzgebung angestellt.

II.

Regelmässige Bestimmungen.

Die Rache war ursprünglich bei allen Völkern, und also auch für die alten Germanen, eine Familienpflicht; das Blut eines erschlagenen Verwandten forderte wieder Blut.¹⁾ An Stelle dieser Selbsthilfe trat später ein gesetzliches Straf- oder Wergeld. Der Name ist wahrscheinlich abzuleiten von Wer, der Mann²⁾, und bedeutet soviel als „Zah-

¹⁾ Dr. G. Geib, Geschichte des römischen Criminalprocesses, bis zum Tode Justinian's, S. 15 ff. sagt: dass die Privat- oder Blutrache überall die früheste Zeit in dem Entwicklungsgange des Bildungsstandes der Völker erkennen lässt, dass aber z. B. die altitalischen Stämme, und namentlich die Latiner, unmittelbar vor der Erbauung Rom's schon längst dieser tiefen Stufe entwachsen waren.

²⁾ O. Schade, altd deutsches Wörterbuch (S. 1122) Wer, der Mann (aber auch die Gewährung, und We-rah ist die That).

lung für einen Mann“. Und wenn auch der Anspruch auf dieses Sühnegeld den nächsten Verwandten des Erschlagenen an erster Stelle zustand, so wurde die Berechtigung doch bald weiter ausgedehnt.¹⁾ Es handelte sich nach damaliger Auffassung um einen Vorthail und desshalb kam es wohl vor, dass die Vertheilung an verschiedene Grade der Verwandtschaft erfolgte, denn wie es nach alt germanischem Recht kein Sondereigen gab, sondern der Besitz vom Gauhäupten, alljährlich, der ganzen Familie zugemessen wurde, so hatte diese ursprünglich in ihrer Gesamtheit Antheil an dem Erschlagenen. Aber auch seitens des Thäters hafteten mehrere Glieder seines Geschlechtes für die Vergeltung, sei es durch Blut oder Geld. So z. B. bei den Sachsen

¹⁾ Die Römer kannten, wie wir in der Einleitung gesehen haben, kein Wergeld, erhielten aber nach der Unterjochung Galliens durch die Franken ein solches. Der Romanus possessor hatte 100, der tributarius 62½, und wer zum conviva regis, zum Tischgenossen (oder zur Gefolgschaft) des Königs erhoben war, 300 solidos. Diese Bestimmungen der Lex Salica (Tit. XLI, 5, 6 und 7) sind als Nachträge zu betrachten, da diese selbst nach G. Waitz (das alte Recht der salischen Franken, S. 75—92) wahrscheinlich schon vor der, 486 vollendeten, Eroberung König Chlodovech's entstanden war. Die Römer hatten, bei Streitigkeiten unter sich, ihr eigenes Recht behalten, denn König Chlothachar I. (seit 511) bestimmt (mon. Germ. leges I, S. 2) ausdrücklich: inter Romanos negotia causarum *Romanis legibus praecipimus terminari*.

noch sieben; bei anderen nordischen Stämmen machte man einen weiteren Unterschied zwischen dem eigentlichen Wergeld, für welches der Verbrecher haftete, und der Geschlechtsbusse der Verwandten, doch wurde die Theilnahme der letzteren später beseitigt.¹⁾

Das Wergeld²⁾ aber ist von der höchsten Wichtigkeit, weil seine Höhe uns den Stand und

¹⁾ G. Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte (zweite Auflage), B. I, S. 66—77.

²⁾ Lex Salica macht einen sehr abweichenden Unterschied in der Höhe des Bussgeldes und des Wergeldes. Das erstere für körperliche Verletzungen durch Eisen oder Knüttel, ist in der Regel ein geringes, aber schon für die Untauglichmachung einer Hand, eines Fusses etc. wird eine Strafe (100 solidos) auferlegt, welche, wie wir oben gesehen haben, den Todschlag eines zurückgebliebenen, freien römischen Besitzers sühnte. Wer das Leben eines freien Franken nahm, hatte 200 Solidos zu zahlen. Ich lasse die Stellen *nach dem Wortlaute* der lex Salica (von J. Merkel) folgen, welche zugleich über die bei den Franken gebräuchlichen Münzen Aufschluss geben: der römische Solidus war eine Goldmünze, welche 40 Denare enthielt.

XVII. 6: si quis hominem *plagaverit* ita ut sanguis in terra cadat, et ei fuerit adprobatum, 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis judicetur.

XVII. 7: si quis ingenuus ingenuum *de fuste* percusserit ut sanguis non exeat, usque tres colpus semper pro uno icto, malb. uualfath hoc est 120 dinarios qui faciunt solidos 3 culpabilis judicetur. Si

Rang des Erschlagenen erkennen lässt. Ob die Handlung ein Todschat¹⁾ oder ein Mord gewesen, ist natürlich schon nach dem Begriffe der alten Volksrechte zu unterscheiden. In den ersteren Fällen wurde das einfache, in den letzteren das

vero sanguis exierit, talem culpum conponat quantum si eum de ferro vulneraverit.

XXIX. 1: si quis alterum manum vel pedem debilitaverit aut oculum eiecerit vel nasum amputaverit, 4000 dinarios, qui faciunt solidos 100 culpabilis judicetur.

XLI. 1: si quis ingenuo Franco aut barbarum qui legem salicam vivit occiderit cui fuerit adprobatum, 8000 dinarios qui faciunt solidos 200 culpabilis judicetur.

¹⁾ Den Unterschied, welchen die Römer nur zwischen Tödtung durch grobe Schuld und einer Handlung mit Willen und Vorsatz machten, habe ich bereits in einer Note der Einleitung erklärt. Sie scheinen danach zwischen Mord und Todschat keine bestimmten Grenzen angenommen zu haben; und bis in die Neuzeit gelten darüber bei den einzelnen Völkern verschiedene Auffassungen. Aber es ist auch nicht leicht das richtige Wort zu treffen, wenn z. B. die Handlung in grosser Aufregung über mündliche Beleidigung, und von einer Frau wieder an einer solchen, und nur mit der Hand (durch Würgen) verübt wurde. In England gilt in diesem Falle der Grundsatz, dass willentliche Tödtung immer Mord wird, *wenn nur eine Beleidigung in Worten (und nicht durch thätlichen Angriff) vorausgegangen ist*. Charles Reade, Magdalen College, Oxford, meint aber, dass diese Auffassung, ohne den Nachweis über die Anwendung tödtlicher Waffen, unrichtig sei, und begründet in seiner Readiana (S. 220

neunfache Wergeld gezahlt.¹⁾ Ohne die Angabe desselben würden wir die Klassen gar nicht zu unterscheiden vermögen. Es gab deren wohl bei allen germanischen Stämmen drei²⁾: Edle, Freie, Freigelassene, oder die ihnen gleichstehenden Liten. Die Knechte, oder Unfreien, hatten keine Rechte. Schon Tacitus unterscheidet von den Freien die über ihnen stehenden Edlen bei den Deutschen,³⁾ und die Freigelassenen von den ersteren.

Aus den ersten, der adeligen Familie, wenn es so zu sagen gestattet ist, wählten die salischen Franken ihre Könige⁴⁾, man bezeichnete also hier vorzugsweise das königliche Haus als dem Adel angehörig. Allein dies war nur bei den Franken üblich, welche, wie wir sehen werden, diesem

bis 228) unter dem Titel „the legal vocabulary“, wie mir scheint mit grossem Recht, den Vorschlag: ungesetzliche Tödtung in drei Abtheilungen — homicide, wilful homicide, murder — zu scheiden.

¹⁾ J. Grimm, deutsche Rechtsalterthümer, S. 625.

²⁾ Translatio vitae S. Alexandri (ante annum 855 perfecta fuit; mon. Germaniae h., scriptores, B. II, S. 675), wo von den Sachsen gesagt wird: quatuor igitur differentiis gens illa consistit, nobilium scilicet et liberorum, libertorum atque servorum.

³⁾ Z. B. Germania c. 44: Enim vero neque nobilem neque ingenuum, nec libertinum quidem armis praeponere, regia utilitas est.

⁴⁾ Gregor von Tours II, 9: ibi iuxta pagos vel civitates reges crinitos super se creavisse de prima et ut ita dicam nobiliori suorum familia.

Stände keine Vorrechte des Wergeldes einräumten.

Ein Unterschied desselben aber findet sich für die über dem einfachen Freien stehende Geburtsklasse bei allen übrigen germanischen Stämmen, und diese Rechte und Eigenthümlichkeiten wahrten sie auch unter der fränkischen Königsherrschaft in ziemlich gleicher Weise. Doppeltes Wergeld des Freien war im Allgemeinen die Regel für den Adel: Ein solches hatten die Friesen in den beiden Rechtsgebieten ihres Landes, und das gleiche galt bei den Longobarden, obgleich hier nicht die Bezeichnung nobilis, sondern primus, den edlen Stand anzeigt.¹⁾ Bei den Burgundern hat der geringere Freie das halbe Wergeld des Optimaten (150 : 300), während der zwischen beiden stehende Mittelfreie, wie der freie Franke, 200 solidos²⁾ erhält.³⁾ Die Alamanen⁴⁾ (namentlich die Be-

¹⁾ G. Waitz, B. I, S. 215. Wo auch noch angegeben ist, dass der Adaling der Angeln und Werinen (Thüringer) das dreifache Wergeld des einfachen Freien erhielt.

²⁾ Zu vergleichen S. 26, n. 2.

³⁾ G. Waitz, B. II, S. 206.

⁴⁾ K. Maurer, das Wesen des ältesten Adels der deutschen Stämme (S. 28—32) weist nach, dass die drei freien Klassen der Alemannen (minoffidus, medianus und primus) ein Wergeld von 160, 200 und 240 solidis hatten. (Lex Alemannorum, cap. 68, §. 1, 4, cap. add. §. 22.) Die gewöhnlichen Geistlichen sollen erhalten, was ihren Verwandten (gleichen Standesgenossen) zusteht, die an einer Hauptkirche angestell-

wohner des späteren Schwaben, Rätians und des Breisgaues) kannten, wie die Longobarden die Bezeichnung nobilis nicht; es unterliegt aber keinem Zweifel, dass ihre primi und meliorissimi den Adel bildeten, denn diese erhalten bei ihnen ein um die Hälfte höheres Wergeld (240 s.) als die Minderfreien und zwischen beiden standen die Mittelfreien.

ten ein Drittheil mehr. Diakonus und Mönch erhalten die doppelte Busse und ein Wergeld von 400 s., der Presbyter das dreifache Bussgeld und 600 s. Wergeld. (Lex Alemannorum, cap. 16, §. 1, 2 und 14, eod. cap. 13, §. 1 und 2) wo aber — jedenfalls nach fränkischem Vorbilde — ein Satz von 200 solidis für das Wergeld zu Grunde gelegt wird. Dem Bischof steht das dreifache Bussgeld *seiner Geburt* zu und er soll dem Herzog darin gleichstehen und auch dessen Wergeld haben. Lex Alemannorum cap. 12. §. 1: Siquis episcopo aliquam injuriam fecerit, vel plagaverit, vel fustaverit, vel mancaverit, omnia tripliciter componantur, *sicut ceteri parentes ejus compositionem habebant*, ac, si melius dicamus, *sicut et ducem, ita in omnibus eum*, componat. §. 2: Et si occisus fuerit, *sicut et illum ducem, ita eum solvat, aut regi, aut ad ecclesiam, ubi pastor fuit*. Ich weiss nicht ob K. Maurer Recht hat anzunehmen, dass *das Wergeld* des Bischofes das dreifache seiner Geburt betragen musste, denn das wird eigentlich im Gesetze nicht gesagt. Wir wissen mit Bestimmtheit nur, dass körperliche Verletzungen mit der dreifachen Busse seiner Geburt bestraft wurden. Ueber seine Tödtung ist in dem folgenden, getrennten Paragraphen nur bestimmt, dass sie, wie die des Herzogs, geahndet werden soll. Das Wergeld des letzteren wird aber nicht ausgesprochen. War es das dreifache der Geburt, so hat K. Maurer vielleicht Recht dasjenige für den Herzog in dem Dreifachen

das des Herzoges wird gewöhnlich zu 720 s. angenommen.

Bei den Bayern¹⁾ hatte der Freie 160 s., das doppelte die fünf Geschlechter, welche ehemals die

des Höchstfreien, also in 720 solidis, zu suchen, und dies würde dann auch dasjenige des Bischofes gewesen sein. Vorher, bei dem Diakonus und Presbyter ist für die Busse der doppelte und dreifache Satz (nach Geburt) ausgesprochen und dann für den Todschatz eine Strafhöhe genannt, welche, wie wir noch sehen werden, bei den *Franken* üblich war. Dort aber betrug das Wergeld des Bischof 900 solidos. Vielleicht wurde das Bussgeld nach alemannischen Standesverhältnissen, das Wergeld aber nach fränkischem Vorbilde abgemessen, wie das letztere bei dem Diakonus und Presbyter unzweifelhaft geschehen war. Dann würden wir aber auch wohl das Wergeld des Bischofes nach fränkischem Gesetze berechnen müssen. Es wäre dadurch zugleich für den Herzog von Alemannien ein Wergeld von 900 solidis gefunden, welches — wie wir gleich sehen werden — auch dem von Bayern zustand. Uebrigens soll meine Erörterung nur eine Vermuthung sein; ich glaube mich aber streng an den Wortlaut der Gesetze gehalten zu haben: und wenn der Todschatz des Diakonus und Presbyter mit 400 und 600 solidis geahndet wurde, so muss die Steigerung der Strafe für den des Bischofes und Herzoges — mit 720 — doch wohl sehr gering erscheinen.

¹⁾ K. Maurer, Ueber das Wesen des ältesten Adels, S. 22, n. 7 und S. 24, n. 1: Lex Bojuvariorum IV, 28: si quis liberum hominem occiderit, solvat parentibus suis, si habet, si autem non habet, solvat duci, vel cui commendatus fuit, bis 80 sol., hoc sunt 160. Lex Bojuvariorum III, 1: de genealogia qui vocatur Huosi, Drozza, Fagana, Hahiligga, Anniona; isti

Herrschaft dort besassen (320), das vierfache das Haus des Herzog bis auf ihn (640) und 900 solidos er selbst.¹⁾

sunt quasi primi post Agilolvingas, qui sunt de genere ducali; illis enim duplum honorem concedamus; et sic duplam compositionem accipiant. Agilolvinga vero usque ad ducem in quadruplum componat, quia summi principes sunt inter vos.

¹⁾ Erst jüngere Handschriften haben 960 s., lex Baju. III, 2 sagt ausdrücklich: *ducem vero cum 900 solidis componat*, parentibus aut regi, si parentes non sunt. K. Maurer, (wie oben, S. 25 ff.) bemerkt, dass sich für den Gemeinfreien in Bayern (wie in Burgund) zuweilen auch nur 150 s. nachweisen lassen, wonach die Steigerung der übrigen dann auf 300 und 600 zu berechnen ist.

III.

Das höchste Wergeld.

Ueberraschend ist nun dieses Verhältniss bei den Sachsen. Dort erhielt der Adaling¹⁾ das zwölf-fache Wergeld der Liten²⁾ und das Sechsfache der Freien. Es ist hier allerdings nicht an das fränkische Geldverhältniss zu denken, denn die Sachsen rechneten nach einem kleineren Münzfusse; immerhin hatte derjenige, welcher einen sächsischen Adaling erschlagen, dessen Erben mit 1440 landes-

¹⁾ G. Waitz, B. I, S. 215.

²⁾ Die Liten waren Unterjochte mit den Rechten und Pflichten der Freigelassenen, welche die Hälfte des Wergeldes der Freien hatten, so bei den Franken das der zurückgebliebenen, freien Römer. Dies letztere betrug nach G. Waitz (II, 186) 100 solidi, denn er erklärt dort, wie die römischen Colonen (Romani tributarii) im Frankenreich nur $62\frac{1}{2}$ solidos, *Fünftel des- sen, was der Römer sonst empfing*, an Wergeld erhielten.

üblichen, oder 960 fränkischen Solidis zu entschädigen.¹⁾

Ich habe mich zwar nicht mit den Angelsachsen zu beschäftigen, weil England nicht zum fränkischen Reich gehörte, da sie aber Stammverwandte der Sachsen auf dem Festlande waren, ist ein Hinweis auf die Aehnlichkeiten ihrer Verhältnisse für mich von Wichtigkeit. Beide rechneten

In Sachsen aber, wo nach einer kleineren Münze gerechnet wurde, hatte der Lite 120 solidos, und der Freie, wie wir gleich sehen werden, 240. Auf die anderen komme ich noch eingehender zurück.

¹⁾ Lex Saxonum, Tit. 2, §. 1. und Tit. 19, §§. 1, 2 und 3: Qui nobilem occiderit, 1440 solidos componat. Ruoda dicitur apud Saxones 120 solidi, et in praemium 120 solidi. — Solidus est duplex, unus habet duos tremisses, qui est bos anniculus, 12 mensium, vel ovis cum agno. Alter solidus tres tremisses, id est bos 16. mensium. Majori solido aliae compositiones, *minori homicidia componuntur*. Das Wergeld des Gemeinfreien betrug also zwei Mal 120 solidos, und da dieses nicht in der sonst gebräuchlichen (fränkischen), der solidus zu zwei Tremisson, sondern in einer, um ein Drittheil, kleineren Münze, zu drei Tremisson, gezahlt werden sollte, so sind 240 sächsische solidi = 160 fränkischen. Das Sechsfache dieser Summe für den Todschatz des Adaling betrug also 960 fränkische solidos. Die gleiche Berechnung findet sich bei K. Maurer, über das Wesen des ältesten Adels der deutschen Stämme, S. 115—116, und bei E. Th. Gaupp, Recht und Verfassung der alten Sachsen, S. 99, der aber dort den Herzog von Bayern ebenso hoch ansetzt, während ich oben (S. 32, n. 1) nachgewiesen, dass sein Wergeld nur 900 solidos betrug.

nach einem sehr ähnlichen Münzfuss und hier wie dort tritt uns der ganz gleich hohe Unterschied des Wergeldes (6 : 1) zwischen der höchsten Klasse und dem gewöhnlichen Freien entgegen, nur zeigt sich derselbe bei den Angelsachsen nicht so schroff, weil es hier noch einen Mittelfreienstand gab. Bei einem Stamme derselben — den Westsachsen — hatten nämlich die drei obersten Klassen ein Wergeld von 200, 600 und 1200 Solidis, während das Bussgeld in Verhältniss und Höhe sehr abweichend ist.¹⁾ Allerdings war der Unterschied dieser Klassen

¹⁾ K. Maurer, wie oben, S. 133 ff. Die drei Klassen der Westsachsen in England hiessen auch nach ihrem Wergeld: Twyhyndumman, Six hyndumman und Twelfhyndumman.

Die Könige der Franken — wie die der Gothen und Burgunder — hatten kein Wergeld, eine ihnen zugefügte Verletzung büsste der Thäter mit dem Leben. Anders war es aber bei den Angelsachsen in England, deren Gesetzgebung die römische Lehre über die verletzte Majestät nicht anerkannte, dort erhielten die Nachkommen der Häuptlinge, welche sich Könige der Stämme von Merkien, Westsachsen und Northumberland nannten, ein Wergeld. Und wenn auch die Gesetze ein solches für die Könige von Kent nicht erwähnen, so ist doch kein Zweifel möglich, dass auch diesen ein Wergeld zugestanden haben wird. Das der beiden ersteren betrug nach K. Maurer (wie oben, S. 124 ff. und S. 191 und 192) das Sechsfache des twelfhyndumman, welches, wie wir gesehen haben, 1200 solidos ausmachte. Die Verwandten des Königs erhielten demnach 7200 angels. s., oder 30.000 Pfennige, von denen 250 auf das Pfund verrechnet wurden. Die Hälfte mehr — also 10.800 solidos standen dem Könige

hier nachweisbar durch die Ausdehnung des Grundbesitzes entstanden, aber auf solche Besitzverhältnisse, verbunden mit höheren Rechten, ist wohl auch die Entstehung des Adels nur zurückzuführen. Uebrigens scheint die Mittelklasse in England erst später entstanden zu sein¹⁾, wodurch meine Vermuthung der ursprünglichen Gleichheit mit dem Wergelde der Sachsen auf dem Festlande²⁾ eine

von Northumberland zu, und die gleiche Summe dieses einfachen Wergeldes, welches auch jedes Familienglied hatte, musste als Sühne (Cynegild) für den König noch ausserdem an das Volk gezahlt werden. Da 12 angels. solidi 5 fränkischen gleich standen, so betrug also das einfache Wergeld eines Königs in Merkien und Westsachsen 3000 und in Northumberland 4500 fränkische solidos. Weil aber England nicht zum Frankenreich gehörte, so sind die Wergelder dieser Könige für meinen Forschungszweck nur in soferne von Bedeutung, als sie zeigen, dass sehr hervortretende Unterschiede der Rangklassen eine Eigenthümlichkeit des ganzen sächsischen Stammes gewesen zu sein scheinen. Diese unbedeutenden Könige, hatten ein sechsfach höheres, einfaches Wergeld als der höchste Stand in ihren Landen und mehr als das dreifache eines Herzoges von Bayern, obgleich ein solches Königreich diesem Herzogthume an Ausdehnung und Bedeutung nachstand. Für weitere Angaben ist zu vergleichen R, Schmid, die Gesetze der Angelsachsen.

¹⁾ J. M. Lappenberg, Geschichte von England, B. 1, S. 95 glaubt dagegen, dass an einen Dienstadel zu denken wäre, welcher sich während der Erorberung gebildet habe.

²⁾ Dr. W. E. Wilda, das Strafrecht der Germanen, B. I, S. 410, n. 1, giebt sehr richtig an, dass die an-

wesentliche Unterstützung erhält. Die so sehr verschiedene Höhe des Wergeldes wird daher in den einzelnen Landen hauptsächlich durch die ungleiche Vertheilung des Bodens entstanden sein, und zwar schon zu jener Zeit, als dieser noch kein Sondereigen, sondern ein Besitz der ganzen Familie war. Bei den Sachsen scheinen zu den nobiles ursprünglich nur grosse Herrschaftsfamilien gezählt zu haben. Als sich aber später durch das Sondereigen, auch alle kleineren Besitzer des ehemaligen Familienverbandes über den gewöhnlichen Freienstand erhoben, bildete man aus den Geringeren in Eng-

gelsächsischen Gesetze bis König Ina (seit 688) nur zwei Klassen, die Eorln und die Keorln oder Frimen, kennen, und scheint auch meiner Ansicht gewesen zu sein, nur behandelt er die Frage nicht eingehend. Noch unbegreiflicher wird aber dadurch seine ganz unhaltbare Erklärung über die Entstehung des hohen Wergeldes der sächsischen Adalinge, worauf ich bereits in der langen Note der Einleitung hingewiesen. Auch später (B. I, S. 436) verlässt er wieder den richtigen Weg der Aufklärung, indem er behauptet, dass *die Adalinge gerade bei den Sachsen einen zahlreichen Theil des Volkes bildeten*, und will dies dadurch beweisen, „dass im Anfange der lex Saxonum nur von den ihnen zu entrichtenden Bussen die Rede sei“. Hätte es deren so viele gegeben, so würde der Unterschied ihres Wergeldes von dem der Gemeinfreien sicher nicht ein so aussergewöhnlicher gewesen sein. Auch wird, wie wir finden werden, von einem Zeitgenossen berichtet, wie gerade die Zahl der Freien und Liten in Sachsen eine so grosse war, dass sie um das Jahr 840 den Adel verjagten!

land, seit König Ina¹⁾, die Mittelklasse, während sie auf dem Festlande im Stande der Adalinge blieben. Dadurch wurde aber das ursprüngliche Verhältniss gänzlich verändert, und das hohe Wergeld, welches nun nicht mehr gerechtfertigt war, musste eine Unzufriedenheit erzeugen, welche die Stammesgenossen auf ihrer Insel so glücklich beseitigt hatten.

Dass Karl der Grosse dieses ältere Wergeld in Jahre 804 in das sächsische Gesetz aufnehmen konnte, beweist wenigstens, dass zwischen den Besitzverhältnissen des Freien und auch der geringeren Adalinge doch noch ein sehr bedeutender Unterschied bestehen musste, und dass die Zahl der letzteren immer noch keine grosse sein konnte. Unmöglich wird sich aber genau die Zeit bestimmen lassen, in welcher der Besitzverband der ganzen Familie durch die Entstehung des Sonder-eigen verdrängt wurde. Alle solche staatliche Veränderungen vollzogen sich nur allmählig, und die alte Gewohnheit blieb noch lange neben dem neuen Rechte in Gebrauch. Dies scheint nun namentlich in Sachsen der Fall gewesen zu sein, in dessen Landrecht die Franken noch die alte Bestimmung über die Blutrache aufnehmen mussten, dass die Angehörigen des Erschlagenen auch noch an sieben Blutsverwandten des Thäters Vergeltung üben

¹⁾ Zu vergleichen oben S. 36 ff.

durften.¹⁾ Danach bestand, wenigstens zum Theil, noch der alte Familienverband und es konnte auch *sein Besitz noch nicht allgemein in Sondereigen aufgelöst sein*. Diesen Umstand möchte ich aber als sehr beachtungswerth für das hohe Wergeld des sächsischen Adels hervorheben. Gewiss war es ein grosser Unterschied, ob der Erschlagene durch den Familienverband die Ehren und einen Antheil, vielleicht an dem dritten Theile des ganzen Gaues hatte, oder ob er durch die Theilung etwa nur den zehnten Theil von diesem als Sondereigen besass. Nichts scheint mir die Lösung meiner Frage mehr zu begünstigen, als die Thatsache, dass die Franken, welche dieses ungleiche Verhältniss nicht beseitigen konnten, endlich nachgaben: und — wenn ich mich so ausdrücken darf — *das Wergeld des zum Theil noch bestehenden Familienverbandes auch für das Sondereigen der Adalinge anerkannten*. Und es scheint gerade nur der Adel, um seine Macht zu behaupten, den ersteren so lange als möglich gewahrt zu haben, sonst müsste das Wergeld der Liten und Freien auch für ihr geringeres Besitzthum ein höheres gewesen sein. Bei den anderen Stämmen kann eine ähnliche Ungleichheit des Besitzes nicht vorgekommen sein,

¹⁾ Lex Saxonum, Tit. II, c. 5 (E. Gaupp): vindicetur in illo et aliis septem consanguineis ejus etc. Dies erinnert doch noch sehr an die Worte des Tacitus (Germania, c. 21): recipit satisfactionem universa domus.

und es scheint sich auch das Sondereigen schon früher ausgebildet zu haben, so dass die uns bekannt gewordenen Wergelder nicht mehr durch den Familienverband im grösseren Umfange, wie in Sachsen, beeinflusst wurden. *Irgend ein Grund* für das Ausnahmeverhältniss des Adels dieses Landes muss aber doch bestanden haben, denn selbst wenn eine Erhöhung des Wergeldes von den Franken¹⁾ vorgenommen wäre, hätte es nicht in dieser ungleichen Masse geschehen können.

Dass die Angelsachsen das gleiche Verhältniss dieses Wergeldes nicht erst später in ihre Gesetzgebung aufgenommen haben können, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen. Die seit Caesar begonnene Eroberung Englands durch die Römer, hatte den ursprünglichen Volksgeist völlig vernichtet,²⁾ und Britannien bildete schon in der kon-

¹⁾ Ich habe schon in der Einleitung bemerkt, dass wir nur für diese Ansicht, auf welche ich gleich komme, eine eigentliche Beweisführung besitzen. Ich werde aber nachweisen, dass die einseitige Erhöhung des Wergeldes des Adels in dieser Weise nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen die übrigen Stände, sondern auch ein grosser politischer Missgriff gewesen wäre. Es muss daher für diese schroffe Trennung der Stände in Sachsen irgend eine Berechtigung vorgelegen haben, und diese wusste ich nur durch die obigen Gründe zu entschuldigen. Allerdings fehlt es an ganz bestimmten Beweisen, ich wollte aber doch wenigstens eine Vermuthung aussprechen.

²⁾ J. M. Lappenberg, Geschichte von England, B. I, S. 3—60.

stantinischen Verfassung, wie Spanien, einen Theil der Praefectur Gallien, deren Sitz sich zuerst in Trier, später in Arles befand. So unwahrscheinlich es nun schon ist, dass die meist aus Celten bestehende Bevölkerung Englands zu so früher Zeit an Stelle der Blutrache bereits ein Wergeld gehabt haben sollte, so wäre eine solche Einrichtung doch jedenfalls unter der Römerherrschaft zu Grunde gegangen, da der letzteren Gesetzgebung überhaupt kein Wergeld kannte. Die Angelsachsen mussten also diesen Gebrauch um die Mitte des 5. Jahrhunderts aus der Heimath mitgebracht haben, und da die Gesetze auf dem Festlande eine so grosse Aehnlichkeit zeigen, *so glaube ich berechtigt zu sein: auch die Entstehung der letzteren schon auf jene frühe Zeit zurück zu führen.* Alle diese Umstände werden sich später sehr beachtenswerth für meine Untersuchungen erweisen.

Man hat behaupten wollen, Karl der Grosse habe das Wergeld des sächsischen Adels vermehrt, allein dafür finde ich schon desshalb keine genügenden Gründe, weil wir eben gesehen haben, dass fast die gleiche Höhe bei den verwandten Angelsachsen üblich war. Es scheint vielmehr eine Eigenthümlichkeit des Stammes gewesen zu sein, dass zwischen der höchsten Klasse und dem Gemeinfreien ein schrofferer Unterschied bestand, wie bei anderen germanischen Völkerschaften. Das fränkische Reich war ein Beamtenstaat, im guten

Sinne, aber nicht in dem der Römer,¹⁾ und hatte ursprünglich gar keinen bevorzugten Adel. Weder bei den salischen noch bei den rheinischen Franken, weder vor noch nach der Vereinigung mit den übrigen Stämmen, zeigt sich ein solcher Stand zwischen der Maas und Werra. Allerdings begannen im sechsten und siebenten Jahrhundert die Grossen, zuerst zwischen Maas und Rhein,²⁾ die Herrschaft an sich zu reissen und haben seitdem auch das Recht der Erhebung der Könige behalten; aber die Grundlagen der Verfassung blieben wenigstens in einem Punkte dieselben: *denn nirgends finde ich ein Wergeld fränkischer Edler erwähnt.* Die Franken haben aber zu allen Zeiten die Stände³⁾ und Eigenthümlichkeiten der besiegten

¹⁾ G. Geib, Geschichte des römischen Criminalprocesses, S. 243 ff. hat nachgewiesen, dass während der Republik die Statthalter der Provinzen mit ihrem Rathe — bestehend aus dem Gefolge (cohors praetoria) und den dort lebenden Römern (conventus civium Romanorum) — ohne Hinzuziehung von Eingeborenen (!) auch das Recht über Leben und Tod übten. Und gegen diese Urtheile war (S. 392) das bekannte Provocationsverfahren, Seitens der letzteren, nicht zulässig, während die in den Provinzen lebenden Römer nur nöthig hatten, den Schutz eines Volkstribunen anzurufen, um jede gegen sie erhobene Anklage in Rom von einem der Volksgerichte entscheiden zu lassen!

²⁾ G. Waitz, B. II, S. 680 ff.

³⁾ Das beweist wohl am besten bei (F. Walter, corpus juris Germanici antiqui, B. II, S. 127.) im Jahre 797 das Capitulare Saxonum (c. 3.), wo gesagt

Völkerschaften unverändert gelassen¹⁾ und desshalb kann auch das Wergeld der Sachsen nicht gerade in so auffallender Weise von ihnen erhöht sein. Weit eher liesse sich in diesem Falle das Gegentheil erwarten, denn der leitende Staatsmann Einhard schreibt zu jener Zeit: „den Franken verbunden

wird: item placuit omnibus Saxonibus ut ubicunque Franci secundum legem solidos duodecim solvere debent, ibi nobiliores Saxones sol. duodecim, ingenui quinque, liti quatuor componant. Während nur von (freien) Franken die Rede ist, werden die Stände der Sachsen (Edle, Freie und Liten) ausdrücklich anerkannt. Aber in demselben Gesetze (c. 5.) heisst es: si quis de nobilioribus ad placitum mannitus venire contempserit, solidos *quatuor* componat, ingenui *duos*, liti unum. Das Verhältniss zwischen Edlen, Freien und Liten stellt sich also zu 4, 2, 1; und da sich das gleiche auch schon in dem Capitulare von Paderborn (mon. Germ. leges, B. I, S. 49) im Jahre 785 zeigt, so glaube ich, dass oben (c. 3) für quinque und quatuor zu lesen ist: sex und tres.

¹⁾ Sogar das eben erwähnte Recht der Königswahl wurde den Grossen gelassen, und man darf nicht aus einer älteren, aber irrthümlichen Annahme folgern wollen, dass die Franken es später versucht hätten dem gesammten Volke die Gewalt zu übertragen, denn B. III, S. 238, n. 4. wird von Professor Waitz — als Karl der Grosse bei Lebzeiten seinen drei Söhnen ihre Reichstheile überweist — wörtlich bemerkt: . . . Auch das gesammte Volk musste einen Huldigungseid leisten, capit. Nium. 806 c. 2, p. 143. Ut hi qui antea fidelitatem partibus nostris non promiserunt, promittere faciant, et insuper omnis homo denuo repromittant, ut ea quae inter filios nostros propter pacis concordiam statuimus, pleniter omnes consentire debeant. Die

müssten die Sachsen mit diesen *ein Volk ausmachen*,¹⁾ woraus man den naheliegenden Schluss ziehen könnte: dass sie ganz deren Sitten und Gebräuche annehmen sollten. Eine Veränderung des Wergeldes war aber gewiss nicht vorgenommen, sonst würden wir davon in den eigens für Sachsen erlassenen Gesetzen Karls des Grossen etwas finden. Dort ist aber nur von Bussgeld die Rede.²⁾ Wäre es

letzten Worte dieser Stelle, die früher als ein besonderes Capitel gefasst waren, hat Eichhorn §. 159, p. 623, so verstanden, als wenn Karl durch die Missi eine allgemeine Zustimmung des Volkes eingeholt, also eine Art allgemeiner Abstimmung veranstaltet hätte, und daran weitere Folgerungen über seine Absicht den Grossen die Entscheidung aus den Händen zu nehmen geknüpft. Das ist alles mit der Verwandlung eines Punktes in ein Comma hinfällig geworden.

¹⁾ G. Waitz, B. III, S. 136.

²⁾ E. Th. Gaupp (Recht und Verfassung der alten Sachsen, S. 45 ff.) sucht die Erhöhung durch Karl nachzuweisen, indem er die Abfassung der *lex Saxo-* num nach den beiden Capitularen der Jahre 785 und 797 (oben S. 42, n. 3) geschehen lässt, in welchen sich das Verhältniss der Edlen, Freien und Liten im Bussgeld wie 4, 2 und 1 verhält. Daraus folgert er, dass Karl das Wergeld, welches sich wie 12, 2 und 1 stellt, bis zur Zeit des Erlasses jenes Gesetzes, (c. 804) erhöht haben müsse, zu. Dies macht allerdings einen sehr überzeugenden Eindruck. Es ist aber die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, dass hier in Ost- und Westfalen und Engern, jenes Wergeld, wie bei einem Stamme der verwandten Angelsachsen (oben S. 35 ff.), schon viel früher gebräuchlich gewesen war. Auffallender Weise zeigt sich auch bei diesen ein sehr

seine Absicht gewesen, diesen Adalingen einen Vorzug zu verleihen, so würde, wie bei den Friesen,

abweichendes Verhältniss zwischen Buss- und Wergeld. Das letztere betrug bei ihnen 200, 600 und 1200 solidos, es zeigt sich also zwischen der höchsten und niedersten Klasse der Freien (1200 und 200) das ganz gleiche Verhältniss (6 : 1) wie bei unseren Sachsen (1440 : 240). Es handelt sich aber in Sachsen nur darum, nachzuweisen, dass ein Wergeld von 1440 s. für den Adaling und von nur 240 für den Freien, wie es im Gesetzbuche steht, schon in älterer Zeit in Kraft sein konnte, und sollte mir dies in Hinweis auf die angelsächsischen Verhältnisse gelingen, so hätte Karl in den Jahren 785 bis 797 vergeblich ein gleichmässigeres Verhältniss einzuführen versucht. Als er aber den Vorrechten Rechnung zu tragen vom Adel gezwungen wurde, so war damit also keine Erhöhung eingeführt, sondern nur ein älteres Verhältniss bestätigt worden. Dass aber die übrigen Stände damit nicht einverstanden waren, beweist die Angabe (Nithardus, historiarum, lib. IV., c. 2.), dass Kaiser Lothar, im Streite mit seinen Brüdern, bald darauf den sächsischen Freien und Liten, um sie für sich zu gewinnen, die Wiederherstellung der Rechte, welche ihre Vorfahren zur Zeit des Heidenthums gehabt, versprach. Es ist aber auch daraus nicht zu folgern, dass die Liten und Freien erst durch Karl herabgesetzt worden wären. Eine bessere Stellung mussten sie allerdings schon dem Adel abgewonnen haben und diese wollte er ihnen in den Jahren 785 bis 797 wenigstens für das Bussgeld erhalten, konnte aber die älteren Vorrechte über das Wergeld nicht beseitigen und sah sich endlich genöthigt, dieselben in das sächsische Gesetzbuch aufzunehmen. Als ältere werde ich dieselben doch bezeichnen müssen, wenn mir der gleiche Ursprung des Wergeldes der Sachsen auf dem Festlande

ihr Wergeld nur dann erhöht worden sein, wenn sie in den Staatsdienst traten.¹⁾ Dies entsprach,

und in England zugestanden wird. Dass die letzteren gerade diese Eigenthümlichkeiten ihrer Gesetzgebung aus der Heimath mitgebracht haben mussten, lässt sich schon darin erkennen, dass jedes Glied ihrer kleinen — aus den Häuptlingsstämmen hervorgegangenen — Königsgeschlechter: in ebenso unerklärlicher Steigerung das Sechsfache und der König sogar, mit 6000 fränkischen solidis, das zwölffache Wergeld *der Höchstfreien* hatte!

Ungeachtet aller dieser Gründe ist es zwar unmöglich mit Sicherheit zu entscheiden, wie der auffallende Unterschied des Wergeldes in Sachsen entstand, jedenfalls wird sich aber Gaupp's Voraussetzung als unhaltbar erweisen: dass die Franken bei sich selbst eine Standesbevorzugung anerkannt hätten, weil der Todschatz eines Mitgliedes der Gefolgschaft des Königs mit 1800 solidis bestraft worden sei. In derselben ist aber vom Adel niemals die Rede, und dann galt ein solcher Gefährte des Königs, wie wir sehen werden, *regelmässig* nur das Dreifache seiner Geburt als freier Franke, also 600 s., und nur *wenn er während eines Krieges erschlagen wurde*, hatte der Thäter 1800 solidos zu erlegen. Es handelt sich um ein Dienstverhältniss, es kann demnach *eine Bevorzugung des Geburtsstandes*, welche sie nicht kannten, hier gar nicht in Frage kommen; und ich halte es schon desshalb für höchst unwahrscheinlich, dass die Franken eine solche bei einem anderen Stamme neu geschaffen haben sollten.

¹⁾ E. Th. Gaupp, *lex Frisionum*, XVII, §. 3: *Siquis legatum regis vel ducis occiderit, similiter novies illum componat, et fredum similiter novies ad partem dominicam.*

Auffallend erscheint es mir, dass nach dem Gesetz (*capit. remedii*, c. 3.) gerade für diejenigen, welche

wie wir finden werden, den Regeln der fränkischen Verfassung, gewiss aber wäre den sächsischen Edlen keine Steigerung als regelmässiger und persönlicher Standesunterschied verliehen worden, wenn ein solches Verhältniss nicht bereits bestanden hätte.

Allein es sprechen doch auch einige Gründe für die Ausnahme-Stellung des sächsischen Uradels, wenn auch nicht alle Ueberlieferungen in diesem Sinne zu deuten sind. So z. B. sagt eine Stelle des sächsischen Landrechtes:¹⁾ Es soll der Freie, der sich unter dem Schutze eines Edlen befindet, wenn ihn die Noth zum Verkaufe seines Erbes zwingt, dieses zuerst seinem nächsten Verwandten, wenn dieser es nicht will, seinem Schirmherrn, oder wenn dieser verbannt wäre, demjenigen, der dann darüber vom Könige eingesetzt, zum Kaufe anbieten, und wenn auch dieser es nicht

der Person des Königs am nächsten standen, im Verhältnisse eine so geringe Erhöhung eintrat, denn unter den fünf obersten Ministerialen, welche *ohne Rücksicht auf ihren Stand* ein Wergeld von 120 solidis erhalten sollen, sind doch wohl nur die fünf Hofämter — Marschall, Schenk, Truchsess, Kämmerer und Küchenmeister — zu verstehen.

¹⁾ Lex Saxonum, Tit. XVII. (G. Gaupp): Liber homo, qui sub tutela nobilis cujuslibet erat, qui jam in exilium missus est, si haereditatem suam, necessitate coactus, vendere voluerit, offerat eam primum proximo suo; si ille eam emere noluerit, offerat tutori suo vel ei, qui tunc a rege supra ipsa re constitutus est. Si nec ille voluerit, vendat eam cuicunque voluerit.

haben will, so möge er sein Erbe nach Belieben verkaufen. Ich möchte aber daraus noch kein besonderes Recht des sächsischen Adels,¹⁾ sondern nur ein ganz allgemeines Schutzverhältniss, in welches sich der Freie in allen Landen begeben konnte, folgern. In ganz ähnlicher Weise bestimmte Kaiser Karl, als er im Jahre 806 das Reich unter seine drei Söhne theilte:²⁾ dass jeder Freie nach dem Tode seines Herrn, oder der, welcher einen solchen noch nicht gehabt, sich in diesen drei Reichen als Schutzherrn wählen dürfe, wenn er wolle.

Dieses Verhältniss wird gewiss schon vor der Gesetzgebung der Karolinger bestanden haben, aber es war ein freiwillig eingegangenes und in keinem Falle wird daraus gefolgert werden können: dass etwa der Freienstand desshalb nicht mehr nach alt germanischem Gebrauche das Amt der Gaurichter, oder Gaufürsten, hätte bekleiden können. Am wenigsten würde diese Vermuthung gerade für Sachsen zutreffen, denn wir werden gleich sehen, wie Freie und Liten dort in so grosser Zahl

¹⁾ G. Waitz, III, 115 will darin einen besonderen Beweis für die hohe Stellung des sächsischen Adels erkennen, verwirft aber mit Recht die von J. Seibertz (Landes- und Rechtsgeschichte von Westfalen, S. 129) aufgestellte, ganz unverständliche Behauptung, es folge aus dieser Stelle, dass *liber* und *nobilis* gleichbedeutend sei.

²⁾ F. Walter, Corp. juris Germanici ant. B. II, S. 218. (*divisio regni Francorum*, c. 10.)

vorhanden waren, — dass der Adel noch um das Jahr 840 von ihnen verjagt wurde! Die Adalinge mögen aber dort ursprünglich häufiger zu Gauhürsten oder Satrapen erwählt worden sein, und dann das Gebiet ihrer Familien — bei der alljährlichen Vertheilung des Bodens — besonders vermehrt haben.

Aber wenn ich auch in dem obigen Gesetz nur etwa in dem Vorkaufsrechte eine Bevorzugung des Adels in Sachsen zu erkennen vermag, so scheint derselbe, auch abgesehen von den ungewöhnlichen Besitzverhältnissen noch eine andere Ausnahme-Stellung gehabt zu haben. Zunächst hat dieses Land in ältester Zeit niemals eine Königsherrschaft¹⁾ gehabt und es konnte also der Adel

¹⁾ Beda, († 735) *historia ecclesiastica gentis Anglorum*, lib. V, c. 11: non habent regem antiqui Saxones, sed satrapas plurimos suae genti praepositos. Diese Satrapen konnten dem Adel entnommen sein, wurden aber, nach G. Waitz (I, 220 ff.), wie die Fürsten der alten Germanen überhaupt, vom Volke erwählt und als Richter an die Spitze der Gaue gesetzt. Hucbald (*mon. Germ. scriptores*, B. II, S. 361) nennt auch diese sächsischen Satrapen principes, und ich zweifle nicht, dass sie der Hauptsache nach noch in dem alten Verhältnisse geblieben waren. In neuerer Zeit ist allerdings die Ansicht — namentlich von Professor Leo *Commentar zu den rectitudines* — vertheidigt worden, dass diese Fürsten der Sachsen ein Besitzrecht an dem ganzen Gau ausübten. H. v. Sybel hat aber in der zweiten Auflage über die Entstehung des deutschen Königthums (S. 80 ff.) seine ältere Auffassung

die erste Stelle, welche sonst dem Herrscher-
schlecht gebührt hätte, und alle seine Eigenthümlich-
keiten bis zur Eroberung durch die Franken un-
gestört bewahren. Der Einwand, dass man den
Adalingen eines freien Landes einen solchen Vor-
zug nicht eingeräumt haben würde, wird schon
durch den Hinweis auf die römische Republik
widerlegt,¹⁾ in welcher die Geburt in einigen Fällen

(1844, S. 89), dass „nobiles und principes“ bei den
Sachsen gleiche Bedeutung hatten, aufgeben.

¹⁾ G. Geib, Geschichte des römischen Criminal-
processes, S. 287 ff. beweist: Während zu Anfang der
Republik die Verhaftung des Angeklagten bis zum
Urtheilsspruche (S. 120) vom Ankläger immer verlangt
werden konnte, vollzog man dieselbe später, bei der
gesteigerten Ansicht von der Würde eines römischen
Bürgers, der sich gleichsam als den Mitbeherrscher
der Welt betrachtete, selbst bei Verbrechen gegen
den Staat, nur noch an Personen der niedersten Klasse.
Die Angesehenen aber wurden einem höheren Beam-
ten oder Senator übergeben, um in dessen Hause in
der sogenannten „custodia libera“ mit möglichster
Schonung behandelt zu werden! Und wenn man auch
einige Entschuldigung darin finden könnte, dass in
der allgemeinen Sittenverderbniss die Ankläger sich
aus Habgier so häufig des Verbrechens der Verleum-
dung schuldig machten, bis die lex Remmia (S. 292)
allen Schuldigen einen Buchstaben (C.?) auf die Stirn
zu brennen befahl, so ist doch die Thatsache nicht zu
leugnen, dass ein solcher Unterschied des Geburts-
standes gesetzlich anerkannt war. Ebenso gehört auch
das hieher, was ich (S. 42, n. 1) über die Gerichtsbar-
keit der Statthalter der Republik in den Provinzen
mitgetheilt habe.

sogar vor gesetzlicher Strafe schützte. Es ist aber auch nicht das hohe Wergeld allein, welches eine Ausnahmestellung der sächsischen Adalinge schuf, sondern in gleichem Grade das Gewohnheitsrecht für die Heirathen. Es waren nämlich die Ehen zwischen adeligen Fräulein und freien Männern bei Todesstrafe für die letzteren ebenso verboten, wie diejenigen zwischen freien Jungfrauen und den Liten¹⁾

Dagegen lege ich nur wenig Gewicht auf eine ganz unverständliche Stelle,²⁾ nach welcher zu einer allgemeinen Versammlung aus jedem Gau die gleiche Zahl (zwölf) von den Adeligen, wie

¹⁾ Vita S. Alexandri (mon. Germ. scriptores, B. II, S. 675): Et *id legibus firmatum*, ut nulla pars in copulandis congiis propriae sortis terminos transferat, sed nobilis nobilem ducat uxorem, et liber liberam, libertus jungatur libertae, et servus ancillae. Si vero quispiam horum sibi non congruentem et genere praestantiorē duxerit uxorem, *cum vitae suae damno componat*.

²⁾ G. H. Pertz, mon. Germaniae scriptores, B. II, S. 361 (vita sancti Lebuini, Saxonum apostoli) ab Hucbaldo celebri *decimi saeculi scriptore composita*. Statuto quoque tempore anni semel ex singulis pagis, atque ex iisdem ordinibus tripartitis, (edlingi, frilingi, lassi) singillatim viri duodecim electi, et in unum collecti, in media Saxonia secus flumen Wiseram, et locum Marklo nuncupatum, exercebant generale concilium, tractantes, sancientes et propalantes communis commoda utilitatis, iuxta placitum a se statutae legis.

G. Waitz (I, 200, n. 3) bemerkt zu dieser Stelle: wahrscheinlich soll es heissen „aus jedem Gau, aus

von den Freien und Liten gesandt worden sein soll. Uebrigens kann man die Worte auch so deuten, dass aus jedem Gau, von den drei Ständen zusammen, zwölf Vertreter entsandt wurden, unter denen dann nur wenige Adelige sein konnten. Nach einer anderen, eben so wenig sicheren Quelle¹⁾ sollen es nur *zwölf Edeling*e gewesen sein, welche über das Wohl *des ganzen Landes* beriethen und auf die Dauer eines Krieges einen Herzog — König wird er hier genannt — für ganz Sachsen aus ihrer Mitte wählten. Wenn es in Sachsen schon damals so viele Adalinge gegeben hätte, wie die erstere Stelle angiebt, glaube ich nicht, dass ihr Wergeld ein so aussergewöhnlich hohes gewesen wäre. Ausserdem aber ist es doch sehr unwahrscheinlich, dass die Liten²⁾ in ihrer Stellung gerade in Sachsen, wo selbst der Freie durch

jedem Stand zwölf“. G. von Sybel (Entstehung des deutschen Königthums [1844], S. 87 ff.) glaubt dagegen, dass nur einige Adelige unter den 12 Abgeordneten waren.

¹⁾ G. Leibnitz, *Scriptores rer.* Br. B. III, S. 292, die Chronik des Botho.

²⁾ Sie standen nach G. Waitz, B. II, S. 186 ff. zu den freien Franken in dem gleichen Verhältnisse, wie der *Romanus tributarius* zu dem freien Römer, und ich kann es nur als eine Ausnahme betrachten, oder zweifeln, ob hier überhaupt an Liten zu denken ist, wenn die *lex Alam.* c. 9 sagt: *Quicumque liberum ecclesiae, quem colonum vocant occiderit, sicut alii Alemanni ita componatur.*

eine eheliche Verbindung¹⁾ mit einem Edelfräulein das Leben verwirkte, zu gleichen Rechten an öffentlichen Berathungen hätten Theil nehmen sollen.

¹⁾ H. v. Sybel (Entstehung des deutschen Königthums, (1844) S. 95) meint: „die Sachsen besiegen die Thüringer und machen sie zu Lasse, so dass jetzt vier Stände im Volke sind. Von jeher dann besorgt, die Reinheit ihres Blutes vor jeder Vermischung mit fremden Völkern zu bewahren — also geben sie das Gesetz, kein Lasse, d. h., kein Thüringer dürfe eine Freie heirathen, bei Todesstrafe. In keinem Falle aber halten wir dies höchst vereinzelte Bruchstück für gewichtig genug, um allein aus ihm die sonst unmögliche Annahme einer scharfen Standestrennung unter den Germanen zu rechtfertigen.“

Dieser Ansicht möchte ich mich nicht anschliessen, denn auch nach der lex Salica (Tit. XIII, c. 7 und 8) verlor ja der Lite das Leben, wenn er sich einer Freien mit Gewalt bemächtigte, diese aber ihre Freiheit, wenn es mit ihrem Willen geschehen war! Das Schroffe in dem sächsischen Gebrauch — der sich nirgends findet — liegt darin: *dass auch der Freie mit dem Tode zu strafen gewesen, wenn er ein Edelfräulein heirathete.* Herr v. Sybel scheint in der neuen Auflage seines Werkes den obigen Satz auch selbst nicht mehr in dem ganzen Umfange aufrecht halten zu wollen. Namentlich finde ich die Annahme bedenklich, dass die Sachsen nach den unsicheren Annales Witichindi (G. Leibnitz, Script. I, 75), erst im 6. Jahrhundert, durch Eroberung Thüringens, Liten erhalten haben sollten; während doch die schon von Tacitus erwähnten libertini, wie die laeti der Römer ganz der Stellung dieses Standes zu entsprechen scheinen. Freigelassene und Unterjochte waren beide an fremden Boden gebunden und hatten in allen Lan-

Die Liten bestanden aus Unterjochten und hatten die gleiche Stellung wie die Freigelassenen. Sie waren wohl persönlich frei und bedurften desshalb als Verklagte oder Kläger keines Schutzherrn vor Gericht, aber durch eine Abgabe — das litimonium — an fremdes Land gebunden, konnten sie nach

den das halbe Wergeld der Freien. Ausserdem würden aber doch wohl nicht erst durch die Unterwerfung Thüringens, sondern schon durch die Eroberung Sachsens, Liten entstanden sein. Wenn die obige Voraussetzung H. v. Sybel's richtig wäre, so müssten die Worte der lex Saxonum (tit. II, §. 1) Ruoda (nach J. Grimm, deutsche Rechtsalterthümer, S. 273, und 676: Ruthe, Strafe, Wergeld) dicitur apud Saxones 120 solidi, *et in praemium 120 solidi*, so verstanden werden, dass die Freien ursprünglich nur 120 solidos hatten und erst durch das Hinzutreten der Liten, welche nun das ihrige erhielten, im 6. Jahrhundert das doppelte empfangen. Es wäre also — *da von einer Erhöhung des Adels nicht die Rede ist* — das Verhältniss der Freien zu diesem, bis zum 6. Jahrhundert: wie 1: 12 gewesen! Es können aber die obigen Worte des Gesetzes doch wohl nur bedeuten: dass so lange es überhaupt ein Wergeld gab, die Freien das doppelte — (*et in praemium 120 solidi*) der Liten erhielten. Da nach G. Waitz (II, 215) später der Preis eines Landesbesitzes zuweilen „nach Wergeldern“ berechnet wurde, so scheinen 120 solidi bei den Sachsen die Grundeinheit dieses Verhältnisses gebildet zu haben. Dass dies hier das Wergeld der Liten war, scheint mir nicht bedenklich, weil sie ja in jenem Lande doch eine bevorzugtere Stellung hatten. Wenn man zu dem sonst nicht ganz deutlichen Gesetz hinter den Worten „*et in praemium 120 solidi*“ ergänzt: „*pro ingenuo*“, so wird der Sinn ganz klar. Die gewöhnliche

alt germanischer Auffassung dem Vollfreien,¹⁾ — welcher auf freiem Grund und Boden leben musste — niemals gleichgestellt werden. Und auch wenn sie in Sachsen, wie es wirklich den Anschein hat, für einige Zeit eine bevorzugtere Stellung einnahmen, so konnte dieselbe doch nicht von solcher Bedeutung sein, da den Liten in dem schon um das Jahr 804 verfassten Gesetzbuche nur der zwölfte Theil des Wergeldes eines Adaling zustand. Dieses Verhältniss neu geschaffen zu haben, wird man aber Karl dem Grossen doch kaum zuschreiben können. Die Klugheit gebot vielmehr die Freien und Liten zu gewinnen, denn es gab deren in Sachsen so viele, dass sie vierzig Jahre später die Herren verjagten.²⁾ Karl wird daher

Annahme, dass 120 solidi ursprünglich das Freienwergeld gewesen, welches man später verdoppelt habe, scheint mir schon deshalb nicht wahrscheinlich: *weil dann eine bedeutendere Erhöhung eingesetzt sein würde, um die Ungleichheit mit den 1440 solidis des Adels zu ermässigen.*

¹⁾ G. Waitz, B. I, 175 ff. und B. II, S. 179—183.

²⁾ Nithardus, historiarum, lib. IV, c. 2. berichtet, dass die Freien und Liten, nach dem Jahre 840 unter Kaiser Lothar, die Herren vertrieben und ihre alten Freiheiten aus der Heidenzeit wieder erhielten. Dies bezieht sich aber wohl nicht auf den Adel allein; denn es ist ja bekannt, dass Karl der Grosse einen Theil des eroberten Sachsenlandes an die Bischöfe, Grafen etc. seines Gefolges verschenkt hatte. Dadurch verloren die Freien, welche sich nicht gleich unterwarfen, ihre Unabhängigkeit. Ich glaube aber nicht, dass dieses Verhältniss die Entstehung des Gesetzes

die letzteren, deren Zahl eine weit geringere sein musste, gewiss nicht ungewöhnlich bevorzugt haben, konnte aber die Aufnahme ihres älteren Wergeldes in das sächsische Gesetzbuch nicht vermeiden.

Aus welchen Ursachen diese Bevorzugung überhaupt entstanden war, glaube ich nun hinlich erklärt zu haben. Am schwierigsten lässt sich ein Grund für die, in keinem Lande vorkommende, Todesstrafe finden, durch welche der Freie bedroht wurde, wenn er sich mit einem

veranlasste, nach welchem (oben S. 48 ff.) der Freie, welcher einen Edlen als Schutzherrn hatte, diesem das Vorkaufsrecht über sein Erbe lassen musste. Eben so wenig folgt aus Nithard's Angabe eine frühere Gleichstellung der Liten und der Freien. — H. v. Sybel, Entstehung des deutschen Königthums (1844) S. 88, behauptet, das Landstandsrecht der Liten sei durch die Angabe des Chronicon Moissiacense zum Jahre 789 erwiesen. Dort findet sich aber nichts, und der Bericht über den Zug an die Elbe, im Jahre 780, sagt auch nur: dass die Sachsen Geiseln (*tam ingenuos quam et lidos*) stellten. Auch K. F. Eichhorn (deutsche Staats- und Rechtsgeschichte), auf welchen sich H. v. Sybel beruft, sagt (in der fünften Ausgabe) §. 15 Note f, anknüpfend an meine frühere Stelle der *mon. Germ. script.* II, 361, wo die sächsischen Liten vorher *serviles* genannt werden, nur: „man sieht diese Bedeutung des pflichtigen Standes bei den Sachsen, auch in dem Verfahren Karls des Gr. bei Aushebung der Geiseln. *Chron. Moissiac. ad a. 780.*“ *Daraus*, glaube ich, wird aber wohl Niemand einen solchen Schluss ziehen wollen, wie oben H. v. Sybel gethan, denn dies beweist ja noch keine *politische Berechtigung* der Liten, welche doch wohl nur deshalb Geiseln

adeligen Fräulein verband.¹⁾ Da aber für die letztere keine Strafe genannt wird, so ist vielleicht hier „eine gewaltsame Entführung“ zu verstehen, und das Gesetz hatte den Adalingen in Sachsen, so lange das Land nicht unter Königsherrschaft stand, wirklich auch eine solche persönliche Sonderstellung eingeräumt.

wurden: weil sie in dem Gefolge ihrer Grundherren kämpften.

¹⁾ Es wird zu untersuchen sein, an welche Art von Verbindung hier zu denken ist. Schon die Römer unterschieden freie und solche in manus. Bei den ersteren blieb nach G. Geib (wie oben, Abtheilung: Die Gerichtsbarkeit der Hausväter in der Zeit der Republik) die Frau in ihrem früheren Gerichtsverbande, durch die letzteren erlangte der Mann das Recht über ihr Leben. Bei den Germanen war nach Tacitus (Germanica c. 18 und 19) die Schliessung und Lösung der Ehen *eine Angelegenheit der Familie*, unabhängig von den richterlichen Versammlungen. Auf dieses Verhältniss wird auch die Strafe für den Freien in Sachsen zurückzuführen sein, wenn er sich mit einem Edelfräulein verband. Ich glaube nicht, dass hier nur an ein kirchliches heimliches Ehebündniss, welches doch kaum möglich war, zu denken ist, *sondern auch an ein Verlöbniß ohne Wissen der Familie*. Eine solche Handlung wurde aber wohl als Verführung angesehen, und desshalb wird auch nur *seine Strafe* erwähnt. Noch erklärlicher würde dieselbe, wenn eine gewaltsame Entführung damit verbunden war. Es handelte sich demnach an erster Stelle um eine Verletzung des, von den Germanen so hoch gehaltenen, Familienrechtes, und die Todesstrafe wurde auch auf den Freien ausgedehnt: weil der Adaling in Sachsen eine besonders bevorzugte Stellung einnahm.

IV.

Aussergewöhnliche Verhältnisse.

Ich habe schon hervorgehoben, dass der Stamm der Franken dem Adel keine Vorrechte einräumte, denn dass ein solcher vorhanden war, wird doch kaum zu bezweifeln sein, obgleich ich von der Maas bis zur Werra durch kein Beispiel nachweisen kann, dass ein höheres Wergeld als das der Freien, für Geburt, gezahlt wurde. Dennoch glaube ich, dass in diesem Gebiete, rings umgeben von Völkerstämmen, welche, wie wir gesehen haben, alle einen Uradel hatten, solche Familien ebenfalls wohnten. Aber da ihnen hier kein Vorrecht zustand, werden sie auch in den Gesetzbüchern nicht erwähnt. Dagegen scheinen nun aus diesem Grunde die Freien im Frankenlande ein höheres Wergeld gehabt zu haben. Wir sahen, dass die freien Römer dort 100 s. erhielten, 150 gab man den

Burgundern, 160 den Alemannen, Bayern und Sachsen, 200 aber hatten nur die Freien der Franken.

Sie sollten aber unter den Ständen deshalb doch nicht den höchsten Rang in ihrem Lande einnehmen, denn zahlreiche Beamte erhielten ein weit höheres Wergeld. So z. B. gab man den Antrustionen — den Gefährten und Kampfgenossen des Königs — das dreifache der freien Franken, also 600 solidos, und das Gleiche stand den Grafen und Gesandten wie den Königsboten zu.¹⁾ Es konnte sogar durch den Krieg ein noch weit höheres Wergeld entstehen. Schon der einfache freie Franke hatte dann das Dreifache (600 s.), wenn er aber Gefolgsgenosse des Königs²⁾

¹⁾ G. Waitz, B. II, S. 265—269, und III, 131. Die letzteren bereisten die Provinzen, um die Grafen und übrigen Beamten zu beaufsichtigen.

²⁾ (J. Merkel) Lex Salica LXIII, 1. Si quis *hominem ingenuum in oste* occiserit (quia lege salica vivit et *in truste dominica non fuit* ille qui occisus est), malb. leude hoc est 24000 dinarios qui faciunt solidos 600 culpabilis iudicetur. 2. Si vero *in truste dominica fuerit* ille qui occisus est cui fuerit adprobatum, malb. mother hoc est 1800 solidos culpabilis iudicetur.

Mit Recht wendet sich daher G. Waitz (das alte Recht der salischen Franken, S. 105) gegen die Ansicht, dass die Gefolgschaft des Königs *dem Adel* angehört habe und (n. 3.) gegen Herrn von Savigny, welcher (Beitrag zur Rechtsgeschichte des Adels S. 19.) im Widerspruche zu obigem Gesetz behauptet hat: wenn ein freier Franke unter des Königs Banner aus-

war, so wurde des letzteren dreifach höheres Wergeld auch noch verdreifacht, so dass der im Frieden mit 600 s. gestrafte Todschat des Antrustio während der Dauer eines Krieges mit 1800 solidos gerächt wurde. Da dies aber ein Ausnahmeverhältniss war, so kann hier auch nur das regelmässige Wergeld dieser Klasse mit 600 solidos in Betracht kommen.

Eine dreifache Erhöhung der gewöhnlichen Strafe also 1800 solidos traf auch denjenigen Verbrecher, welcher nach der That die Körper eines Mannes der Gefolgschaft des Königs oder einer freien Frau versteckt, oder den ersteren in Gemeinschaft mit Anderen in seinem Hause überfallen und erschlagen hat.¹⁾

zog, so habe er für diesen Feldzug zu *des Königs trustis* gehört und deshalb *das Wergeld der Antrustionen im Kriege* erhalten.

¹⁾ J. Merkel, Lex Salica XLI, 2: si vero *eum qui in truste dominica est aut mulierem (in genuam) occiderit cui fuerit adprobatum, malb. leodem hoc est 24000 dinarios qui faciunt solidos 600 culpabilis iudicetur. Si vero eos in aqua aut in puteum miserit aut de ramis aut de callis super coperuerit aut de quibuslibet rebus celaturus texerit, malb. matheleode hoc est 72000 dinarios qui faciunt solidos 1800 culpabilis iudicetur.*

XLII. Si quis collecto contubernio hominem ingenuum in domo sua adsalierit et ibi eum occiderit si in truste dominica fuit ille qui occisus est, malb. ambistaile hoc est 72000 dinarios qui faciunt solidos 1800 culpabilis iudicetur.

Bei den Friesen hatten zahlreiche Aufstände eine besondere Strenge nothwendig gemacht, denn es berechnete der Dienst des Königs oder des Herzoges, wie wir bereits gesehen haben¹⁾ zu einem neunfachen Wergelde. Da aber das regelmässige für nobiles, liberi und liti im Hauptlande daselbst nur 80, $53\frac{1}{3}$, $26\frac{2}{3}$, im Ostlande $106\frac{2}{3}$, $53\frac{1}{3}$, $26\frac{2}{3}$ und im Westlande 100, 50, 25 fränkische solidos betrug,²⁾ so ist die Erhöhung durch das Dienstverhältniss hier nicht von wesentlicher Bedeutung. Selbst wenn dieser königliche Beamte (legatus) ein Franke gewesen wäre, würde sein neunfaches Wergeld nur 1800 solidos betragen haben, mithin die Höhe anderer Fälle nicht übersteigen, in denen nur die Dauer gewisser Lebensverhältnisse, oder erschwerende Umstände entscheidend waren.

Ebensowenig kann ich in die regelmässigen Wergelder aufnehmen, dass nach dem Gesetz der Thüringer eine Adelige, welche noch keine Kinder erzeugen kann 600, *wenn sie in diesen Jahren ist* 1800 und wenn sie diese überschritten, wieder 600 solidos gelten soll.³⁾

¹⁾ Zu vergleichen S. 48, n. 1.

²⁾ K. Maurer, über das Wesen des ältesten Adels, S. 103—105.

³⁾ E. Th. Gaupp, das alte Gesetz der Thüringer oder die Lex Angliorum et Werinorum hoc est Thuringorum, S. 378.

Noch höher stellte sich dieses Verhältniss in Sachsen, wo die Tödtung des Adaling, wie wir gesehen haben, mit 1440 solidis bestraft wurde. Wer aber ein Edelfräulein erschlug, hatte das doppelte Wergeld, also 2880 sächsische oder 1920 fränkische solidos, zu entrichten.¹⁾

Sehr auffallend ist es, dass wir das Wergeld einiger hoher Würdenträger nicht kennen, namentlich nicht dasjenige des Hausmeier und seiner nächsten Unterbeamten, der Domestici²⁾ Die letz-

Tit. X, 3. Qui foeminam nobilem virginem nondum parientem occiderit, DC. solid. componat; *si pariens erit, ter DC. sol.*; si jam parere desiit, DC. solid.

¹⁾ E. Th. Gaupp, Recht und Verfassung der alten Sachsen, S. 95.

Lex Saxonum Tit. II, 1. Qui nobilem occiderit, MCCCCXL. solidos componat. Ruoda dicitur apud Saxones CXX solidi, et in praemium CXX solidi. 2. Quicquid de superioribus factis in foeminam committitur, *si virgo fuerit, dupliciter componatur*, si jam nupta, simpliciter componatur.

²⁾ Das fränkische Königthum brachte bisher unbekannte Hofbeamte, von welchen die „Domestici“ von besonderer Bedeutung sind, weil sie auch einen Theil der inneren Verwaltung des Reiches leiteten. Sehr abweichend waren die Erklärungen über ihre Thätigkeit und ihren Rang, bis es Professor G. Waitz im zweiten Bande (S. 411—414) der neuesten Auflage seines unvergänglichen Werkes, „deutsche Verfassungsgeschichte“ gelungen, ein reiches Material über diese Würdenträger zu veröffentlichen, deren hervorragende Stellung er dadurch erklärt, dass sie der Person des Königs nahe standen und die Gewalt der Grafen hatten.

teren hat man früher gar nicht für eine bestimmte Rangklasse gehalten, es kann aber nicht bezweifelt werden, dass unter dieser Bezeichnung ein vorzugsweise am Hofe lebender Stand zu verstehen

Wie schon der Name anzeigt, lebten dieselben in der nächsten Umgebung des Königs, erschienen aber auch als Beamte in den Provinzen. Es ist nicht zu übersehen, dass auch der Hausmeier (*major domus*) ursprünglich nur die inneren Angelegenheiten der Hofhaltung zu leiten hatte, durch die Schwäche der Merowinger aber bald die ganze Verwaltung des Reiches in seine Hände brachte und die Person des Königs von den Regierungsgeschäften zuletzt gänzlich verdrängte. Die *Domestici* verdanken nach meiner Auffassung ihren hohen Rang entschieden der Gewalt des Hausmeier, welcher seine Macht in den Provinzen durch sie befestigte und ihnen einen Theil der Verwaltung daselbst überliess. Als der letzte Hausmeier selbst den Thron bestiegen, verschwinden auch die *Domestici* aus der Reihe der Grosswürdenträger! Die wichtigsten Stellen für meine Beweisführung, welche Professor Waitz über sie mittheilt, sind die folgenden:

1. S. 413. Note 6. Die *Domestici* sollen von jedem königlichen Hofe drei Knechte freilassen.

2. S. 413. N. 7. Sechs Provinzen (*Gaue*), welche jetzt wie sonst die gleiche Zahl *Domestici* verwalten.

3. S. 414. N. 2. Ein *Domesticus* wird zum Herzog ernannt.

4. S. 480. N. 3. Die Richter folgen nach dem fränkischen Gesetzbuche im Range: *major domus*, *domesticus*, *comes*, *grafio*, *cancellarius* etc.

Die Bezeichnung *Domesticus* wurde aber am Hofe, als Hausgenossen, (*ex domestico statu*) auch für Personem gebraucht, welche nicht dieser eigentlichen

ist, dessen Glieder sowohl als hohe Richter, wie auch als Verwaltungsbeamte unter dem Hausmeier thätig waren. Sie erscheinen in beiden Eigenschaften an der Seite der Grafen, und man

weltlichen Rangklasse angehörten, sonst könnte nicht auch die Erhebung eines solchen zum Bischof erwähnt werden. Baudinus, welcher nach Gregorius Turonensis (IV, 3.) „ex domestico“ Chlothacharii regis episcopus successit, sechzehnter Bischof von Tours wurde, wird der Abt der königl. Kapelle oder der Beichtvater des Königs gewesen sein. Professor Waitz rechnet ihn aber zu der obigen Klasse.

Auch der major domus (oder rector palatii) wird, wie in V. H. C. Fortunat's Gesängen (VII, 16: de Condone Domestico), zuweilen Domesticus genannt, weil er, wie wir finden werden, der alleinige Vorgesetzte dieser eigenen Amtsklasse war. Professor Waitz führt diese Stelle (S. 413. N. 5., wohl nicht VII, 15.) — wenn ich richtig verstanden habe — als Beleg dafür an, dass ein Graf zum Domesticus der Amtsklasse erhoben wird, aber die Worte lassen kaum einen Zweifel, dass hier der Hausmeier des Königs Theodobert besungen wird, wie er auch später (S. 414, N. 5.) selbst vermuthet:

Instituit cupiens, vt deinde domesticus esses,
Creuisti subito, creuit et aula simul.

Florebant pariter veneranda palatia tecum,
Plaudebat vigili dispositore domus, etc.

Auch kann ich Professor Waitz nicht zustimmen, wenn er (S. 414) den bei Gregor von Tours (VII, 15) vorkommenden Leonardus „ex domestico“ zu jener Richterklasse zählt und ihn als Beispiel anführt, dass ein domesticus seine Stelle verloren hatte. Leonard war im Jahre 584 von der Königin Fredegunde seines „Gürtels“ (balteum) entkleidet worden, weil er deren

wird sich, desshalb hüten müssen, weil sie einen ziemlich gleichen Beruf hatten, sie mit diesen zu verwechseln. Vielleicht stand ihnen desshalb auch dasselbe Wergeld zu, obgleich ihr Rang wohl

Tochter Rigunthe, als sie auf der Reise vom Herzog Desiderius in Toulouse überfallen wurde, feig verlassen hatte. Ich glaube, dass auch hier „ex domestico statu“ — so viel als familiaris — zu lesen ist, und dass Leonard durch den Verlust des ihm von König Chilperich verliehenen „*Gürtels*“ seine Ritterwürde einbüsste, aber nicht der Amtsklasse der Domestici angehörte.

Da nun aber der Graf (oben 4.) einen geringeren Rang als Richter hatte, und der Domesticus (oben 3.) zum Herzoge befördert wurde, so musste seine Amtsgewalt an Macht und Ausdehnung zwischen derjenigen des Grafen und des Herzogs liegen. Der erstere verwaltete regelmässig nur einen Gau, unter dem letzteren standen aber zahlreiche Grafen; es wird demnach angenommen werden müssen: dass der Domesticus auch die richterliche Gewalt über mehr als einen Gau übte. Professor Waitz hat zwar (S. 412. N. 5.) nachgewiesen, dass im Gerichte des Königs wiederholt nur vier Domestici als Besitzer gegenwärtig sind, es gab aber deren mehr, denn die Worte „sex provinciae quas et tunc et nunc totidem agunt domestici“ werden (oben 2) nicht anderes zu verstehen sein, als dass eben so viele Beamte beschäftigt waren, als Provinzen genannt werden. Der Name Domestici beweist aber hinlänglich, dass ihr Aufenthalt am Hoflager war; sie müssen sich also in den Provinzen abgelöst haben, und dadurch entstand für den einzelnen ein weit grösserer Amtsbezirk als derjenige des Grafen. Da sie aber (oben 1.) nicht nur Richter waren, sondern in allen Gauen die königlichen Besitzungen verwalteten, und das Reich an

wegen des ausgedehnteren Amtssprengels — ein höherer gewesen zu sein scheint.

Der Hausmeier wird in frühester Zeit, als Hofbeamter auch kein höheres Wergeld gehabt haben, und später, als seine Gewalt das königliche Ansehen schwächte,¹⁾ wurden Verbrechen gegen

Ausdehnung fortwährend zunahm, so liessen sie sich wohl in den entfernteren Theilen durch die Grafen vertreten; und dadurch wird es erklärlich, dass Gregor von Tours (X, 28) berichtet: *wie multi tam Domestici quam Comites* ein Mal gemeinschaftlich die königlichen Ausgaben deckten.

Die obigen sechs Provinzen werden einen Bezirk — *domesticatus* oder *Majordomatus* — gebildet haben, dessen Einnahmen dem Hausmeier zur Bestreitung der gewöhnlichen Kosten der Hofverwaltung zustanden, denn bei L. d' Achery (*Acta Sct. B. II.*, S. 140 bis 141) wird ausdrücklich berichtet, wie der spätere Bischof Arnulf von Metz seine unter dem Hausmeier (*subregulus*) Gundolf begonnene, ruhmreiche weltliche Laufbahn damit beschloss: dass er „*allein*“ die Leitung und Entscheidung (*administrationem et arbitrium*) über jene sechs Provinzen hatte, weil er von allen (*omnium primus effectus*) der erste — also Hausmeier — geworden war. Das Vorhandensein eines solchen engeren Amtsbezirkes mit seinen Eigenthümlichkeiten ist aber, so viel ich weiss, bis jetzt noch nicht hervorgehoben. Es folgt daraus, dass es hier auch keinen Herzog gab, und das *Domesticatus*, welches ganz selbstständig durch den Hausmeier und die *Domestici* regiert wurde, muss daher eine sehr bemerkenswerthe Ausnahme gebildet haben.

¹⁾ J. Böhmer und E. Mühlbacher, die *Regesten der Karolinger* (S. 11) heisst es nach dem Tode des

seine Person wohl als Verletzung der Majestät, nach römischem Vorbilde¹⁾ mit dem Tode bedroht.

Hausmeier Pipin des Mittleren (714) von seiner Gemahlin: Plectrudis cum nepotibus suis vel rege cuncta gubernabat sine discreto regimine.

¹⁾ Die Römer übertrugen die Schuld auch auf die Kinder, indem man ihr Erbe friedlos machte. Nach P. Krüger (codex Justinianus, lib. IX, tit. 8, c. 5, (erlassen schon von Honorius 397 ad legem Juliam Majestatis) fiel nach der Hinrichtung des Verbrechers, wenn er einen Aufstand hervorgerufen, nicht nur dessen Vermögen an den Staat, sondern *seine Söhne* verloren auch das Anrecht auf das mütterliche und grosselterliche Erbe, sowie auf das aller übrigen Verwandten, ferner konnte ihnen auch durch das Testament Fremder nichts zugewendet werden, sie blieben mit Infamie belegt, zu ewiger Armuth verurtheilt, und waren von allen Würden und der Eidleistung ausgeschlossen. *Die Töchter*, gleich viel welche Zahl, erhielten den vierten Theil des Vermögens der Mutter. *Die letztere* behielt ihre Mitgift. Wie leicht eine Majestätsverletzung geschehen konnte, geht daraus hervor, dass (nach dem Codex Justinianus, lib. IX, tit. 8, c. 2) schon Alexander, im Jahre 224, bestimmte, dass derjenige „quasi crimen majestatis“ begieng, welcher einer anderen Secte, als er, angehörte: und doch bekleideten seine Nachfolger, wie wir sehen werden, bis gegen Ende des 4. Jahrhunderts die Würde des heidnischen Pontifex maximus!

Die Franken scheinen aber die Todesstrafe für Majestätsverletzung doch ohne Zweifel von den Römern angenommen zu haben, (nach Gregor von Tours, VII, 21, schwor König Guntchram [seit 561] das Haus eines Empörers bis in die neunte Generation zu vertilgen, damit der Gewohnheit, die Könige zu ermorden, ein Ende gemacht werde,) und wenn ich oben behauptete,

Auch für hinterlistige Anschläge und Verbrechen gegen die Person der Herzoge von Bayern und Allemannien wurde ja, namentlich wenn damit ein

dass vielleicht auch die Verbrechen gegen die Person des Hausmeier in gleicher Weise behandelt worden seien, so stützt sich meine Ansicht auf die folgenden Gründe. In dem erwähnten Gesetze der Kaiser Arcadius und Honorius, vom Jahre 397, heisst es nämlich, dass derjenige, welcher den Mord eines Mitgliedes des kaiserl. Rathes, oder eines Senator, — nam et ipsi pars corporis nostri sunt — ja selbst eines Jeden, der für den Kaiser kämpft, auch nur beabsichtigt, so wie alle Verschwörer, mit dem Schwerte zu richten seien. Ernannte Senatoren, Ritter und Rechtsgelehrte bildeten schon unter Hadrian den Rath des Kaisers. Seit Konstantin dem Grossen (306—337) zählte eine Zahl der jedesmaligen Inhaber gewisser Aemter zu den Mitgliedern, und auch der Name consilium wurde gegeben und gewöhnlich in auditorium oder consistorium des Kaisers verändert. Diese hohen Beamten waren nach G. Geib (Geschichte des römischen Criminalprocesses, S. 427): der quaestor palatii, magister officiorum, comes thesaurii publici, comes fortunarum imperatoris, praefectus praetorio, praefectus urbis, die magistri militum und Andere. Der Wichtigste von ihnen war der, schon von August eingesetzte, praefectus praetorio. Ursprünglich nach G. Geib (S. 431 ff.) nur Befehlshaber der kaiserlichen Leibwache erhielt er bald auch Gerichtsbarkeit für das ganze Reich und wurde, während der Unruhen nach dem Tode des Alexander, bald mächtiger als die Kaiser, so dass Konstantin der Grosse seine Gewalt nur dadurch brechen konnte, dass er den Oberbefehl des Heeres den magistris militum übertrug, das ganze Reich in vier Praefecturen (Oriens, Illiricum, Gallia, Italia) theilte, und an die Spitze einer jeden einzelnen einen praefectus stellte. Die Macht dieses

Landesverrath verbunden, diese Strafe eingesetzt,¹⁾ obgleich sie doch nicht den späteren Rang des Hausmeier haben konnten. Ich möchte desshalb

Beamten erinnert auffallend an den späteren Major-domus der Franken. Auch später, als es deren vier gab, war gegen ihre Urtheile, wie gegen die der Kaiser, keine Berufung zulässig und der Praefectus praetorio Italiae, wie später in Constantinopel der des Orientis, führte mit unbeschränkter Gewalt im Namen des Kaisers den Vorsitz im Consistorium.

¹⁾ G. Waitz, B. II, S. 149—150, wo auch bewiesen wird, dass nach fränkischem Gesetz schon die Untreue gegen den König mit dem Tode bestraft wurde. Und in den Nachrichten von der k. Gesellschaft der Wissenschaften und der Georg-Augusts-Universität (Jahrg. 1869, S. 125) hat er auch schon meine Ansicht ausgesprochen, dass die Todesstrafe wohl nur dann in Anwendung kam, wenn das Verbrechen (lex Baj. II, 1 und 2 und lex Alam. XXIV) gegen den Herzog aus politischen Gründen begangen war. Neben der Sühne durch das Leben ist in Bayern auch die Möglichkeit des Loskaufens gestattet. Ich denke desshalb im ersteren Falle an Landesverrath, im letzteren an Nachstellung aus persönlicher Rache. Dem Herzog, oder seiner Familie, stand die Umwandlung der Strafe zu, da aber jede Angabe über die zu erlegende Summe fehlt so ist jedenfalls an eine aussergewöhnliche Höhe zu denken; denn das einfache Wergeld kam nur für unvorsätzliche Tödtung in Anwendung. Mord wurde sonst mit dem neunfachen Betrage gesühnt, wie ich schon zu Anfang bewiesen. Allein entweder hatte sich diese Bestimmung für die bayerischen Herzöge aus der Zeit vor der Eroberung erhalten, als sie noch selbst die höchsten Personen waren, oder die Franken suchten hier die mächtigsten Vertreter des Königs ganz besonders zu schützen.

glauben, dass der letztere, wie der König selbst, überhaupt kein Wergeld hatte.

Sehr auffallend ist es auch, dass wir das Wergeld der Israeliten nicht kennen, deren Zahl im fränkischen Reiche eine beträchtliche war, und welche sich Anfangs der Gunst der Herrscher aus dem merovingischen Hause erfreuten. In den Gesetzen wurde aber auf sie keine besondere Rücksicht genommen, doch vermuthet man, dass sie das Wergeld der zurückgebliebenen freien Römer (100 solidos) hatten, denn zu den Freien zählten sie ohne Zweifel. Die Kirche verfolgte sie und verbot ihnen damals namentlich Aemter zu bekleiden und christliche Knechte zu halten, bis König Chlothachar II. (584—628) auch wirklich einige dieser Beschlüsse zu Gesetzen erhob.¹⁾

Der Mangel einer Gleichberechtigung der Israeliten in den Gesetzbüchern jener Zeit, muss wohl auf einige Beschränkungen des römisch-griechischen Kaiserreiches zurückgeführt werden, denn auch nach der Gesetzsammlung Justinian's

¹⁾ G. Waitz, B. II, S. 210, welcher mit Recht gerade in diesen wiederholten Bestrebungen der Kirchenversammlungen den Beweis findet, dass die Franken ursprünglich den Israeliten eine bessere Stellung eingeräumt und ihnen auch Aemter und Würden übertragen hatten. Schon König Chilperich I. (seit 561) befahl aber nach Gregor von Tours (hist. Fr. VI, 17) die gewaltsame Taufe der Juden und Dagobert I. (seit 628) wiederholte nach Fredegar (Chron. c. 65) diesen Erlass auf Wunsch des griechen Kaisers Heraclius.

(† 565) durften sie weder Aemter bekleiden, noch christliche Diener haben, und wurden (wie Ketzer) nicht als Zeugen gegen Rechtgläubige (Orthodoxos) angenommen.¹⁾ Dagegen sind sie in denjenigen Gesetzen, welche von der Unzulässigkeit der Ankläger handeln,²⁾ nicht genannt. Ueberhaupt zeigt die Gesetzgebung der Römer in Religionsangelegenheiten grosse Widersprüche. So z. B. hatte der Hohepriester von Judäa, mit dem Synedrium, das Recht, wegen eines Religionsverbrechens, das Todesurtheil zu fällen, dessen Vollziehung nur der Bestätigung des römischen Procurator daselbst bedurfte.³⁾ Und nachdem die Würde des heidnischen Oberpriesters — pontifex maximus — auf die Kaiser übergegangen war, bekleideten sie dieselbe, auch als das Christenthum die Staatsreligion geworden,

¹⁾ P. Krveger, Codex Jvstinianvs, lib. I, VIIL, 18, lib. I, X. 1 und lib. I, V, 21. Von den übrigen Bestimmungen (lib. I, VIIL, 1—19) ist das Verbot gegen Ehen mit Christen hervorzuheben. Die Mehrzahl aller dieser Gesetze wurde übrigens schon von Constantius und Theodosius erlassen.

²⁾ Cod. Jvst. lib. IX, I, 1—21. Qvi accvsare non possvnt. Noch weit grösser war aber die Zahl derjenigen, welche nach G. Geib (wie oben. SS. 99—100, 256 und 516 ff.) schon in früherer Zeit gar nicht, oder auch unter Justinian nur unter bestimmten Verhältnissen, als Ankläger auftreten durften. Aber nirgends sind die Israeliten genannt.

³⁾ G. Geib, Geschichte des römischen Criminalprocesses, S. 486.

noch bis gegen Ende des 4. Jahrhunderts.¹⁾ Auch christlichen Priestern wurden nach Anerkennung ihrer Lehre, Vorrechte eingeräumt, denn die niederen Geistlichen konnten wegen eines Verbrechens gegen ihre Religion nur von den Bischöfen und diese selbst nur von den Provinzialsynoden verurtheilt werden. Constantius dehnte dieses Recht für die Bischöfe im Jahre 355 sogar auch auf ihre gemeinen Verbrechen aus, allein die späteren Verordnungen, weisen dieselben den weltlichen Gerichten zu, und dabei blieb es auch in der Gesetzgebung Justinian's, nur mit dem Zusatze: dass es einer kaiserlichen Genehmigung bedurfte, wenn vor ein gewöhnliches Gericht ein Bischof gestellt werden sollte, und dass dem letzteren das Recht gewährt wurde, für die niederen Geistlichen im gleichen Falle den Schutz des Kaisers anrufen zu

¹⁾ G. Geib, wie oben, S. 497. Und hier konnte der christliche Kaiser wohl in die sonderbare Lage kommen, dass er das Todesurtheil gegen Priester und Priesterinnen aussprechen sollte: weil sie dem Heidenthume entsagt hatten. Dass dieses Recht, wegen Verbrechens der Religion über Priester, dem pontifex maximus und seinem Collegium zugestanden hatte, unterliegt (S. 74—76) keinem Zweifel und eine Aenderung war nicht eingetreten. Dagegen konnten andere Personen wegen des gleichen Verbrechens nur durch die weltlichen Gerichte verurtheilt werden, und es müssen daher die früheren Verfolgungen aller Christen dadurch erklärt werden: dass deren Glaubenslehre noch nicht vom Staate, wie die der Israeliten, anerkannt war.

dürfen.¹⁾ Endlich war in späterer Zeit der Bischof nicht dem Zeugenzwange unterworfen, sondern sollte in seiner Behausung verhört werden.²⁾

Diese Begünstigungen lassen aber eigentlich mehr die Absicht erkennen: die Priester der *anerkannten Religionen* nach den Zeitverhältnissen zu bevorzugen, da die Angelegenheiten aller ihrer Bekenner ja wenigstens durch Gesetze geregelt waren. Erst die Karolinger stellten aber unter den germanischen Stämmen eine solche gesetzliche Ordnung her und schufen auch ein so lange unbehrtes besonderes Recht der Israeliten.³⁾

Darüber wurde aber die Sorgfalt für die christliche Kirche nicht vernachlässigt, denn die Geistlichkeit genoss schon in älterer Zeit bei den

¹⁾ G. Geib, wie oben, S. 498—499.

²⁾ G. Geib, wie oben, S. 629.

³⁾ Schon nach Einhard's Annalen (mon. Germ. scrip. B. I, S. 190) hatte Karl der Grosse im Jahre 801 einen Israeliten Isaac an den König der Perser geschickt und unter seinem Sohne, Ludwig dem Frommen, scheint sich ihr Ansehen noch mehr befestigt zu haben. Nach G. Waitz (III, 295, 457 und IV, 39 ff.), lebten sie „*nach ihrem eigenen Recht*“, zu dessen Aufrechthaltung es einen besonderen Beamten, *magister judaeorum*, gab. Sie durften jetzt auch Christen, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, in ihrem Dienst verwenden, fremde Sklaven kaufen und im Reiche damit handeln etc. Verboten war ihnen besonders „*heilige Gefässe von den Geistlichen zu kaufen, oder Gold und Silber, das einer Kirche gehörte, als Pfand oder Zahlung anzunehmen.*“

Franken eines ganz besonderen Schutzes, obgleich sich die Sühnegelder, welche sie betreffen, erst in der Gesetzgebung Karls des Grossen finden. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, dass dieselben schon längst in Kraft standen, da bereits in älterer Zeit die gleiche Höhe bei den Alemannen¹⁾ gebräuchlich war.²⁾ Das Wergeld des Subdiaconus betrug, im Bereiche des salischen Gesetzes, 300, das des Diaconus oder Mönch 400, des Presbyter 600 und des Bischof 900 solidi.³⁾

Das Wergeld noch eines anderen wird, wie wir gleich sehen werden, wahrscheinlich auch 900 solidos⁴⁾ betragen haben.

Bei den Sachsen wurde früher derjenige, welcher einen Bischof, Presbyter oder Diacon erschlug, mit dem Tode bestraft.⁵⁾ Ebenso Jeder,

¹⁾ J. Merkel, de Republica Alemannorum, S. 8 und S. 37. Unter dem Frankenkönig Chlothar II. (584—628) wurde das Christenthum von den Alemannen allgemein angenommen und das bereits vorhandene Gesetzbuch verbessert.

²⁾ Zu vergleichen S. 29, n. 4.

³⁾ J. Merkel, lex Salica, S. 46—47: Capitula que in lege salica mittenda sunt, I: Si quis subdiaconum occiderit, 300 solidos componat. qui diaconum occiderit, 400 solidos, qui presbiterum 600. qui episcopum 900 solidos componat. qui monachum 400 solidis culpabilis iudicetur.

⁴⁾ Siehe oben S. 29, n. 4.

⁵⁾ Mon. Germaniae, leges, B. I, S. 48. Dieses Gesetz ist wahrscheinlich noch vor der Besiegung Widukin's entstanden, und wird mit dem Titel Capitulare Paderburnense gewöhnlich in das Jahr 785 gesetzt.

der sich heimlich der Taufe entzog, der, nach Gebrauch der Heiden, den Körper eines Verstorbenen verbrannte, oder gar Menschen opferte; ja sogar, wer, aus Verachtung der christlichen Lehre, die grossen Fasten brach und Fleisch genoss, aber auch der, — welcher solchen, die er für Hexen hielt, den Feuertod gab! Von allen diesen Bestimmungen findet sich jedoch im sächsischen Landrechte vom Jahre 804 nichts mehr, und es ist daher nicht zu entscheiden, ob die Strafe für die Tödtung eines Bischofes dieselbe blieb, oder ob diese später auch hier durch ein Wergeld gesühnt werden konnte.

Bei den Longobarden hatte Presbyter, wie Diacon, das dreifache Wergeld seiner Geburt,¹⁾ von dem des Bischofes ist aber nichts bekannt geworden.

Ob das Wergeld eines Bischofes in Alemannien 720 oder 900 solidos betrug, wurde schon oben²⁾

¹⁾ F. Walter, corpus juris Germanici antiqui, B. II, 231 (Epistola ad Pippinum.)

²⁾ (Oben) S. 29. Nr. 4. Wie ich dort angegeben, ist das alemannische Gesetz sehr unklar. Für die niedersten Geistlichen scheint das einfache Wergeld *ihrer alemannischen Geburtsklasse* gegolten zu haben. Mit Bestimmtheit geht aus dem Gesetze nur hervor: dass Diacon und Presbyter dort ein Wergeld, wie die fränkischen, hatten, während dasjenige des Bischofes gar nicht genannt wird. Liegt nun die Vermuthung nahe, dass auch das seinige dem eines fränkischen Bischofes gleich stand, so scheinen wieder alle das Bussgeld nach alemannischen Standessätzen erhalten

als zweifelhaft erwähnt, ich halte das letztere aus den genannten Gründen aber für wahrscheinlicher.

Auch aus Burgund ist mir über dieses Verhältniss nichts bekannt geworden.

Sehr merkwürdig ist die Angabe über die Sühne, welche das Gesetz von demjenigen forderte, der einen Bischof in Bayern getödtet hatte. Es sollte dessen Gewand aus Blei gefertigt¹⁾, das Ge-

zu haben, denn sonst wäre der Zusatz bei dem des Bischofes (*sicut ceteri parentes ejus compositionem habebant*) ganz überflüssig gewesen: weil es im fränkischen Gesetz nur *einen Freienstand* gab. In Alemannien fanden wir aber drei Klassen. Der freie Franke erhielt wie ich (oben S. 26, N. 2) nachgewiesen für körperliche schwere Beschädigungen sein halbes Wergeld (100 s.), und das ganz gleiche Verhältniss bestand (*mon. Germ. leges, B. III, S. 115, Tit. LXXXVI*) nach dem alemannischen Gesetz. Für etwas leichtere Verletzungen (*B. III, 34—35, Tit. 2, 4, 15, 25 und 26*) betrug die Busse nur den vierten Theil des Wergeldes, mit 40 solidis für die niederste Freienklasse. Die Busse für Verstümmelung machte also 80 solidos, und der Bischof, welchem die dreifache zustand, konnte — je nach seiner Geburtsklasse zu 160, 200 und 240 solidis — ein Sühnegeld von 240, 300 und 360 s. erhalten. Sein Wergeld aber, wenn dasselbe wie bei dem Diacon und Presbyter nach fränkischem Satze bemessen wurde, hätte 900 solidis betragen müssen.

¹⁾ *Lex Baiuw. I, 10 (Mon. Germ. Leges III, 274). Si quis episcopum, quem constituit rex vel populus elegit sibi pontificem occiderit: solvat eum regi vel plebi aut parentibus secundum hoc edictum. Fiat tunica plumbea secundum statum eius, et quod ipsa pensaverit auro, tantum donet qui eum occidit; et si aurum non habet, donet alia pecunia, mancipia, terra, villas vel quicquid habet, usque dum*

wicht aber vom Thäter in Gold gegeben werden, und wer dies nicht konnte, kam mit seiner Familie in die Knechtschaft der Kirche. Ich möchte aus dieser sonderbaren Bestimmung schliessen, dass dieselbe jedenfalls schon vor der Eroberung Bayerns durch Karl Martell entstanden ist, kann sie aber, wegen der Schwierigkeit der Ausführung nicht als ein Gesetz über das Wergeld aufnehmen. Es würde unbedingt das höchste im ganzen Reiche gewesen sein, lässt sich aber nicht berechnen, da die Länge des Gewandes und die Stärke des Bleigusses nicht angegeben ist, und kann schon wegen dieser Ungleichheit nicht als Wergeld angesehen werden. Das letztere sollte wohl umgangen werden und der eigentliche Zweck der Verordnung war vielmehr die Knechtschaft, da ein Todesurtheil, wie wir gesehen haben, nur wegen eines Verbrechens gegen die Person des Herzoges zulässig war.

inpleat debitum; et si non habet tantum pecuniam, se ipsum et uxorem et filios tradat ad ecclesiam illam in servitio, usque dum se redimere possit. Hoc per imperium regis vel iudicis fiat, et illa pecunia in usu ecclesiae ipsius, ubi pontifex fuit, ibi siat firma tunc usque in perpetuum. Et si episcopus contra aliquem culpabilis apparet, non praesumat eum occidere, quia summus pontifex est: sed mallet eum ante regem vel ducem aut ante plebem suam; et si convictus crimine negare non possit, tunc secundum canones ei iudicetur, si talis culpa est, ut deponatur aut exilietur. De homicidio, de fornicatione, de consensu hostili, si infra provincia inimicos invitaverit, et eos perdere voluerit, quos salvare debuit: pro istis culpis damnetur.

Bemerkenswerth ist aber die Abweichung der germanischen Gesetzgebung von der römischen, für die Geistlichkeit. Wir sahen schon früher, dass nach dem Gesetz des Kaiser Constantius, vom Jahre 355, auch über die gemeinen Verbrechen der Bischöfe von den Provinzial-Synoden das Urtheil gesprochen werden sollte, und dass es später immer einer kaiserlichen Genehmigung bedurfte, wenn die Verhandlung vor einem weltlichen Gerichte erfolgen sollte. Das obige, später von den fränkischen Königen in das bayerische Landrecht aufgenommene Gesetz fährt nun fort: einen Bischof, auch wenn er schuldig erscheint, darf Niemand tödten, sondern er muss ihn vor dem Könige, oder dem Herzoge, oder dem Volke seines Sprengels anklagen, hier soll er, wenn das Verbrechen erwiesen, und die Schuld eine solche ist, nach den Kirchengesetzen seines Amtes enthoben, oder verbannt werden. Ist er des Mordes der Wollust oder des Einverständnisses mit dem Feinde schuldig, und hat er diesen in das Land gerufen, um diejenigen zu verderben, welche seinem Schutze anbefohlen: so mag er verurtheilt werden.

Nirgends wird also, wie bei den Römern, ein geistlicher Gerichtshof, als Standesbehörde, für die gemeinen Verbrechen der Bischöfe erwähnt.

Auch ist noch zu bemerken, dass in diesem Gesetze ein Bischof von Bayern — also die ge-

sammte Geistlichkeit⁵⁾ — von der Zahlung eines Wergeldes, für begangenen Todschatag oder Mord, ausgeschlossen wird, für welches Amtsentsetzung oder Verbannung eingesetzt ist.

¹⁾ J. Merkel (G. H. Pertz, Archiv für ältere Geschichtskunde, B. XI, S. 642) weist nach, dass im Jahre 581 das burgundische Concil die Absetzung derjenigen Geistlichen befahl, welche Todschatag oder Mord (homicidium) begangen. Seit jener Zeit müsste also auch die Zahlung eines Wergeldes aufgehört haben.

V.

Forschungs-Ergebniss.

Ich wüsste nun nichts mehr von Bedeutung für die Auffindung des höchsten Wergeldes hinzuzufügen, und es bleibt nur übrig, das Gesagte noch ein Mal zu vergleichen. Um den Ueberblick zu erleichtern, werde ich zwei Klassen bilden. In die erste gehören diejenigen, deren Wergeld sich an eine Geburts- oder Amtsklasse knüpfte, und in die letzte solche, denen durch besondere Umstände eine gesetzliche Erhöhung zustand.

- I. Die höchste Strafe für Verbrechen, welche an Personen geistlichen Standes verübt wurden, traf denjenigen, welcher einen fränkischen Bischof erschlug, mit 900 solidis.

Von weltlichen Grossen betrug das Sühnegeld nach bayerischem Recht ebenfalls 900 solidos für die Tödtung des Herzoges.

Beide Strafen werden aber noch übertroffen durch die Höhe von 1440 sächsischen oder 960 fränkischen solidis, welche das sächsische Gesetzbuch von demjenigen verlangt, welcher einen Adaling dieses Landes tödtete.

So weit es möglich war, glaube ich Erklärungen für dieses aussergewöhnliche Verhältniss sowohl in der ungleichen Bodenvertheilung, wie noch in dem Umstande gefunden zu haben, dass jenes Land keine Königsherrschaft hatte und desshalb eine andere Klasse Auszeichnungen geniessen konnte, welche sonst dem Herrschergeschlechte zugestanden hätten. Die sächsischen Adalinge hatten daher das höchste Wergeld der Geburt im ganzen Frankenreiche.

- II. Ueber diejenigen Wergelder, welche nur durch erschwerende Umstände oder für die Dauer besonderer Lebensverhältnisse von den Gesetzen vorgeschrieben wurden, ist hervorzuheben, dass z. B. die Tödtung eines freien Franken der Gefolgschaft des Königs in Kriegszeiten, und eines thüringischen Edelfräulein, in den Jahren ihrer Blüthe, mit 1800 solidis bestraft wurde.

Das höchste Wergeld, auch dieser Art, wurde aber wieder in Sachsen erhoben: denn wer dort ein Edelfräulein erschlug,

hatte die That mit 2880 sächsischen, oder 1920 fränkischen solidis zu büssen!

Soll aber die vorgeschriebene Sühne für das Leben eines bayerischen Bischofes doch als Wergeld behandelt werden, so wäre dasselbe jedenfalls als das höchste von allen zu bezeichnen: denn um sein in Blei gegossenes Gewand mit Gold aufzuwiegen, würde wohl das gesammte Vermögen des mächtigsten Mannes im Frankenreich kaum hingereicht haben.



Anhang.

1. Nur der sächsische Adel, (oben S. 39—40) um seine Macht nicht zu zersplittern, scheint dem Sonder-eigen abgeneigt gewesen zu sein, denn auch das Gesetz über die Blutrache (S. 39 n. 1.) *war noch namentlich für ihn gegen die Liten erlassen.*

2. Meine Vermuthung (S. 53 n. 1.), dass schon vor der Eroberung Thüringen's die sächsischen Freien das gleiche Wergeld, wie im Gesetz vom Jahre 804, gehabt, stützt sich darauf, dass das Verhältniss zum Adel (2: 12) auch bei den angelsächsischen Ständen (S. 36 ff.) vorkommt.

3. Die Stelle, nach welcher (S. 55. n. 2.) Karl der Grosse die Güter derjenigen Sachsen, welche ihm feindlich blieben, an die Bischöfe, Grafen etc. verschenkte, findet sich bei G. H. Pertz, (mon. Germ. scriptores B. I, S. 38 (annales Laureshamenses ad a. 799.)) *Et dominus rex inde tullit multitudinem Saxanorum cum mulieribus et infantibus, et collocavit eos per diversas terras in finibus suis, et ipsam terram eorum divisit inter fideles suos, id est episcopos, presbyteros, comites et alios vassos suos etc.*

4. Wenn man mit H. v. Sybel (S. 55 n. 2.) annehmen will, dass die Liten, obgleich sie nicht auf eigenem Grund und Boden lebten, doch (S. 51 ff.) in Sachsen an den Berathungen über die Landesverwaltung Theil nehmen durften, so gewinnt meine Erklärung (S. 53 n. 1.) noch an Wahrscheinlichkeit: dass ihr Wergeld in jenem Lande die Grundeinheit bildete.

5. Zu S. 74—75 habe ich anzugeben vergessen, dass nach demselben Gesetz alle die dort genannten Verbrechen in Sachsen durch eine freiwillige Beichte gesühnt werden konnten. Es wird also die Todesstrafe wohl nur selten in Anwendung gekommen sein.

Inhalts-Verzeichniss.

	Seite
Widmung	4
Einleitung mit besonderer Rücksicht auf Sachsen	13
Regelmässige Bestimmungen	24
Das höchste Wergeld	33
Aussergewöhnliche Verhältnisse	58
Forschungs-Ergebniss	80

Verbesserungen.

Seite 20, Zeile 28 ist zu dem Citat zu ergänzen: „Corpus juris“.

Seite 21, Zeile 25 sind unter Schillingen die solidi zu verstehen, deren Werth S. 26 n. 2. und S. 34 n. 1. erklärt ist.

Seite 36, Z. 33 Dr. W. E. Wilda (Strafrecht der Germanen, B. I, S. 410) sagt und beweist: „auffallend ist es, dass wo die freien Wergelder näher bestimmt werden sollen, meist nur zwei verschiedene Sätze von 200 und 1200 s. angegeben, der in der Mitte liegende von 600 s. mit Stillschweigen übergangen wird.“ Die Ceorln, mit ihrem Wergeld von 200 solidis, lässt er dann den Namen in Twyhyndummen wechseln, vermuthet, dass die Eorln von 600 auf 1200 s. als Twelfhyndummen erhöht seien, und dass unter König Ina die Mittelklasse eingeschoben wurde. Die Ceorln und Eorln kamen aber nach K. Maurer (S. 126—127) und J. Lappenberg (I, 567) ursprünglich nur bei dem jütischen Stamme der Angelsachsen vor, und die letzteren waren (nach d. Anglos. Chron. ad a. 694) *Beamte, welche der König ernannte*. Für mich ist es daher nur von Wichtigkeit, dass (nach S. 35) gerade in dem sächsischen Theile Englands das Wergeld der Minderfreien und der Höchstfreien — mit 200 und 1200 solidis — das ganz gleiche Verhältniss (2 : 12), wie bei den Sachsen des Festlandes, zeigt.

Seite 37, 39 und 49, wo von der Auflösung des Familienverbandes in Sondereigen die Rede ist, und ich angenommen habe, dass in Sachsen das hohe Wergeld des Adels vielleicht darauf zurückzuführen sei, dass er, um seine Macht nicht zu schwächen, dem Sondereigen — der Theilung des Besitzes — sich widersetzte, wollte ich aber nicht sagen: dass die alljährliche Vertheilung des Bodens durch die Gaufürsten bis zur

Zeit der Karolinger gewährt habe. Die betreffende Stelle des Caesar (VI, 22) lautet darüber: „neque quisquam agri modum certum aut fines habet proprios; sed magistratus ac principes in annos singulos gentibus cognatibusque hominum, qui una coierunt, quantum et quo loco visum est agri attribuunt, atque anno post alio transire cogunt. Ejus rei multas adferunt causas: — — — *ne latos fines parare studeant, potentioresque humiliores possessionibus expellant etc.*“ Der Gebrauch sollte also die Schwächeren gegen die Stärkeren schützen. Aber gerade der Adel war ja, wie ich (S. 55, n. 2) nachgewiesen, in der Minderheit, und es scheint mir nicht unwahrscheinlich, dass er zu seinem Schutze den Familienverband so lange als möglich aufrecht hielt, und dass darauf sein hohes Wergeld zurückzuführen ist. Auch konnten die Gaufürsten — wie ich schon (S. 37 u. 49) angedeutet — nach Caesar's Worten (quantum agri visum est) seine geringe Zahl durch grösseren Besitz gestärkt haben. Wann die Vertheilung aufhörte, weiss man nicht.

Seite 55, n. 2 die Worte über die Vertreibung der Herren lauten: — — — *hinc etiam in Saxoniam misit, frilingis lazzibusque, quorum infinita multitudo est, promittens, si secum sentirent, ut legem quam antecessores sui, tempore quo idolorum cultores erant, habuerant, eandem illis deinceps habendam concederet. Qua supra modum cupidi, nomen novum sibi, id est Stellinga, imposuerunt, et in unum conglobati, dominis e regno pene pulsus, more antiquo qua quisque volebat lege vivebat.* Ich habe desshalb zwar hervorgehoben, dass sich diese Worte nicht auf den Adel allein beziehen, sondern mehr auf „die Herren“, welche Karl der Grosse (S. 83, 3) in den Besitz der Unbeugsamen eingesetzt hatte, es folgt daraus aber auch, wie ich (SS. 38, 44 n. 2, 83, 1) angedeutet, dass *alle Freien und Liten* Wergeld und Blutrache des Adels bekämpften.

1.

Die
Schöffenbarfreien des Sachsenspiegels.

Untersuchungen zur Geschichte der Standesverhältnisse

von

Dr. Otto v. Zallinger,

A. O. Professor an der K. K. Universität zu Innsbruck.

In den Hauptpunkten besprochen

von

Freiherr L. v. Borch.

Innsbruck.

Druck und Verlag von Fel. Rauch.

1887.

- Ges. d. p. 971

Sobald ein Beitrag zu dem ältesten deutschen Rechtsbuch erscheint, wird aus den weitesten Kreisen die Aufmerksamkeit dahin gelenkt. Das vorliegende Werk hat darauf einen besondern Anspruch, weil es alle bisher an einen Hauptstand des Volkes — die schöffenbaren Richter — geknüpften Beobachtungen der Rechtskundigen, welche sie für freie Bauern hielten, verwirft. Der Hauptgrund scheint mir nun darin zu suchen, dass der Verfasser in einer langen Reihe solcher Personen — einer Urkunde aus dem Gericht der Grafschaft Aschersleben vom Jahre 1155 — die bei einzelnen stehenden Hinzufügungen *et alii de N. eorum consimiles, . . . et alii liberi de N., . . . et alii liberi in eadem villa manentes, . . . et alii scephenen de N.*, nicht auf freie Hofbesitzer beziehen, sondern in denselben (S. 101) *Ritter* erkennen will. Dieses Prädikat kommt aber in der ganzen Ver-

handlung gar nicht vor. Ja er geht noch weiter! Weil es nämlich am Ende derselben heisst Sigologus et Adelgozus et alii nobiles, . . . so will er (S. 102, und S. 118—119), dass sämtliche Personen dieser Gruppe *nobiles* — *freie Herren*¹⁾ — waren! Wie viele Herrschaftsbesitzer würde es dann z. B. in dem Dorfe Schnetlingen gegeben haben: es werden sechs — davon zwei als Brüder — mit Taufnamen genannt, und dann heisst es noch et alii *consimiles* de Snetlingen! Das müssen doch wohl andere Leute gewesen sein: sonst wäre gesagt „*consanguinei*“. Nun aber ist hinlänglich bekannt, dass zwischen *liber* und *nobilis* in Ostfalen nicht, wie in Westfalen, ein Unterschied bestand — Herr v. Zallinger selbst sagt an einer anderen Stelle (S. 179) *Nobiles*, d. h. Freie — und es ist daher doch gewiss wahrscheinlicher,

¹⁾ Wenn er (S. 103) einen grossen Werth auf das Prädikat *barones* legt, welches, mit anderen, 1162 Elvericus de Winnigen führt, um (S. 102) den Freiherrnstand *aller Winnigen* auch in unserer Urkunde (1155) zu beweisen, wo es (S. 93) heisst „Elvericus et Gevehardus et alii *scephenen de Winnigen*“, so muss bemerkt werden, dass *barones*, nach J. Ficker (vom Reichsfürstenstand §. 17) *allen Freien* und sogar Dienstmannen gegeben wurde, wenn man nicht jeden Stand einzeln nennen wollte. Die Stellung eines Zeugen (wie Winning 1162) *innerhalb einer bezeichneten Klasse*, beweist daher (selbst vor Burchard v. Falkenstein) nichts bestimmtes, und noch weniger für die „*alii scephenen de Winnigen*“ des Jahres 1155.

dass wir in allen jenen Bezeichnungen der obigen Urkunden freie Hofbesitzer zu erkennen haben, die weder nothwendiger Weise Ritter sein mussten, noch dem Herrenstande angehörig waren, von welchem, nach dem Schultheiss, nur zwei an der Spitze stehen.²⁾

Es ist auch sehr gewagt, dass er (S. 268—269) behauptet, seit Ende des 12. Jahrhunderts sei das Schöffenamt *ausschliesslich* in den Händen der Dienstmannen gewesen, welche er *durchweg als Unfreie*³⁾ bezeichnet. Dessenungeachtet findet er aber (S. 201) in den *Reichsschöffen des Sachsen-spiegel*, 13. Jahrhunderts, wieder „freie Herren und Unfreie“. Ich möchte aber vorschlagen die letzteren zu streichen, und an deren Stelle „persönlich freie Hofbesitzer und Dienstmannen mit besseren Geburtsrechten“ zu setzen. Es befinden sich (S. 184 ff.) nämlich unter ihnen einige Männer aus dem obigen Schnetlingen, von denen einer in ein Dienstverhältniss getreten war, und welche

²⁾ „Sigelogus et Adelgozus et alii nobiles“ waren daher liberi, wie die vor und nach ihnen stehenden Freien dieser Gruppe, wie in der umgekehrten Weise Gebhard v. Querfurt (von den Burggrafen zu Magdeburg) (S. 173) an der Spitze der *liberi* steht, obgleich es vorher heisst „coram comitibus et baronibus“.

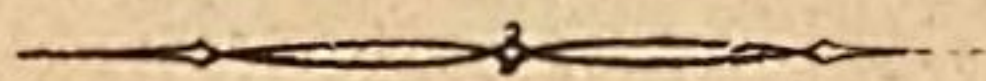
³⁾ Sein Hauptbeweis besteht darin, dass dieselben so häufig verschenkt oder vertauscht wurden, dabei schwächt er aber ab, dass es sich mehr um den Grund und Boden handelte, mit welchem sie verbunden waren. Auch lässt er ganz unerwähnt, dass ja *dasselbe*

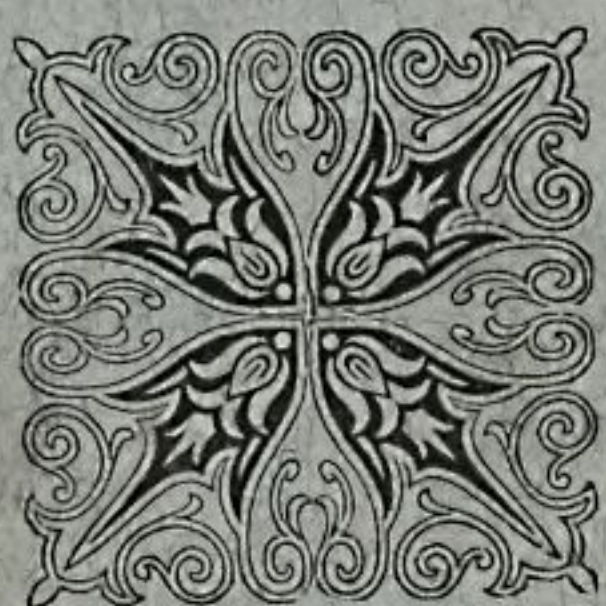
(S. 180) im Sachsenspiegel von den „*freien Herren*“ ausdrücklich getrennt sind: so dass er *diese* nicht zu den Schöffen zählt. Dass in den Verhandlungen, gegen das allgemeine Recht, aber doch freie Herren vorkommen, die, wie (S. 14) ganz richtig bemerkt wird, ihren Gerichtsstand unmittelbar vor dem König hatten, gebe ich Herrn v. Zallinger bereitwilligst zu. Der Sachsenspiegel erwähnt aber diesen Vorzug nur für die Fürsten, und wahrscheinlich hatten *die Herren* jenes Recht in Sachsen eingebüsst, als sie (nach Nithardus, hist. IV, c. 2) um das Jahr 842 gänzlich vertrieben wurden. Dann musste Unsicherheit eintreten, und sie konnten zur Zeit der Entstehung des Rechtsbuches dort auch zu den Urtheilsfindern zählen, als welche es nur die, nicht näher bezeichneten, Schöffenbaren nennt. Jedenfalls ist es Herrn v. Zallingers Verdienst (S. 227 ff.), aufmerksam gemacht zu haben; 1) dass nicht einer allein des Geschlechtes

mit Freien, und zwar nach G. Waitz (Verfassungsgeschichte B. V, S. 288) *schon unter K. Heinrich II. geschah*, und ebenso nach G. L. v. Maurer (Geschichte der Fronhöfe B. II, S. 26) im 13. Jahrhundert, wobei natürlich auch an die Gaben zu denken ist, welche sie zu leisten hatten. Ich werde nächstens aus drei Ortschaften nachweisen, dass Freie — im 14. Jahrhundert — *obgleich sie die Verpflichtung zu Handarbeit hatten*, doch ihren (landrechtlichen) Stand behielten, weil sie von „anderen Leuten“ geschieden werden. Gewiss ist man danach nicht berechtigt *durchweg* von Unfreiheit der Dienstmannen zu sprechen! (Vgl. G. Waitz V, 310 ff.) Wo sind denn die vielen Freilassungen?

das Schöffenamnt übte, 2) dass die Rechte auch nicht ausschliesslich im Gericht des Stammgutes gültig waren, und 3) dass die Schöffen, im Widerspruch mit den Angaben des Rechtsbuches, *nicht einen einheitlichen, landrechtlichen Stand bildeten*: sondern aus mehreren Klassen zusammengesetzt wurden. Ich wollte nur die kleineren, freien Hofbesitzer — auf Grund der obigen Gerichtsverhandlung zu Aschersleben vom Jahre 1155 — von gänzlicher Ausschliessung vom Schöffenamnt retten.

Innsbruck, 9. März 1887.





Borch, Leopold <<von>>,

Das höchste Wergeld im Frankenreich ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte

Innsbruck 1885

J.germ. 21 sh

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11633314-4